

Francia – Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Bd. 35

2008

DOI: 10.11588/fr.2008.0.44944

---

#### Copyright

Das Digitalisat wird Ihnen von perspectivia.net, der Online-Publikationsplattform der Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (DGIA), zur Verfügung gestellt. Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

FABIEN THÉOFILAKIS

»VERGESST DIE DEUTSCHEN KRIEGSGEFANGENEN  
NICHT!«

Die deutsche Gesellschaft, die französische Besatzungsherrschaft  
und die christlichen Kirchen (1945–1948)<sup>1</sup>

Zur Vorgeschichte der deutsch-französischen Beziehungen nach 1945

Im Mai 1945 erleben 11 Millionen Deutsche die Befreiung Deutschlands als Kriegsgefangene (KG). Diese Massengefangenschaft<sup>2</sup>, Folge eines *totalen* Krieges, den Goebbels im Namen des nationalsozialistischen Regimes gefordert hatte<sup>3</sup>, hat nicht nur militärische, politische, soziale oder demographische Auswirkungen für die Gewahrsamsmächte, die in dieser Zeit mit fast unlösbaren Verwaltungsproblemen konfrontiert sind<sup>4</sup>. Diese Kriegsgefangenschaft hat auch dazu beigetragen, die deutsche Gesellschaft<sup>5</sup> grundlegend zu verändern und die individuellen wie kollektiven

- 1 Überarbeitete und erweiterte Fassung eines am 23.10.2007 am Historischen Seminar der Universität Augsburg gehaltenen Vortrags. Ich danke Edvin Pezo und Stefan Martens für die Kritik und sorgfältige Korrektur des Manuskriptes.
- 2 Während des Ersten Weltkrieges gerieten ca. eine Million deutscher Soldaten in Kriegsgefangenschaft.
- 3 Insbesondere mit dem Gesetz über die Einrichtung des Volkssturmes vom 25.09.1944, der alle »waffenfähigen Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren« einbezog, um den »Endsieg« des Dritten Reiches herbeizuführen.
- 4 Das bekannteste Beispiel sind die 16 sogenannten Rheinwiesenerlager, die von der amerikanischen Militärbehörde eingerichtet wurden, um die fast eine Million Soldaten aufzunehmen, die in den letzten Kriegstagen gefangengenommen worden waren. Zu den umstrittenen Thesen des Kanadiers James BACQUE, *Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945–46*, Frankfurt/M., Berlin 1989 (dt. Ausgabe) s. die profunde wissenschaftliche Antwort von Günter BISCHOF und Stephen E. AMBROSE (Hg.), *Eisenhower and the German POWs. Facts against Falsehood*, Baton Rouge 1992, sowie Axel FROHN, *Das Schicksal deutscher KG in amerikanischen Lagern nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Auseinandersetzung mit den Thesen von James Bacque*, in: *Historisches Jahrbuch* 111 (1991), S. 466–492.
- 5 Michael GEYER, *Das Stigma der Gewalt und das Problem der nationalen Identität in Deutschland*, in: Christan JANSEN u. a. (Hg.), *Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 1995. Das große Männerdefizit – noch 1950 bestand in Rheinland-Pfalz für die Altersgruppe von 23–45 Jahren ein Überschuss von 123 000 Frauen – machte für viele junge Frauen jede Hoffnung auf Heirat zunichte, s. Karl-Heinz ROTHENBERGER, *Krieg – Hungerjahre – Wiederaufbau*, in: Franz-Josef HEYEN (Hg.), *Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945–1951*, Boppard am Rhein 1984, S. 81. In Rheinland-Pfalz gab es mehr als 70 000 Witwen. Nach dem Zusammenbruch gingen die Lebensmittellrationen bis Mai 1946 (905 Kalorien/Tag, ca. 1/3 der Normalration) immer weiter zurück. Siehe ID., *Ernährungs- und Landwirtschaft in der Französischen Besatzungszone 1945–1950*, in: Claus SCHARF, Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hg.),

Kriegsfolgen, die heute in der französischen Forschung mit dem Begriff »sorties de guerre«<sup>6</sup> umschrieben werden, zu erschweren. Tarbé de Saint-Hardouin, politischer Berater von General Koenig, dem französischen Militärgouverneur in Baden-Baden, betont im Dezember 1946, die KG-Frage »figure plus que jamais au premier plan de l'actualité«<sup>7</sup> der Bevölkerung der französischen Besatzungszone (FBZ): Es gebe kaum Tage, an der sie nicht unter dem ein oder anderen Vorwand von der Presse aufgegriffen werde; in den Reden deutscher Politiker würden die KG durchweg an erster Stelle thematisiert und in den konfessionellen Kreisen wolle davon selbstverständlich niemand Abstand nehmen.

Von 1945 bis 1948<sup>8</sup> werden 907 000 Deutsche in Frankreich zu Reparationsleistungen gefangen gehalten und in erster Linie in der Landwirtschaft, in der Montanindustrie und bei der Minenräumung eingesetzt, wo sie vor allem 1945 unter besonders schwierigen Bedingungen leben. Der Zeitpunkt ihrer Heimkehr bleibt bis April 1947 ungewiss. Dann gibt die Veröffentlichung eines Repatriierungsplans erstmals einen Anhaltspunkt über den ungefähren Zeitpunkt der geplanten und sich bis Ende Dezember 1948<sup>9</sup> erstreckenden Entlassungen. Die Sorge der deutschen Bevölkerung ist umso größer, als der schlechte Zustand der Infrastruktur eine regelmäßige Verbindung zwischen Frankreich und seiner deutschen Besatzungszone<sup>10</sup> erschwert.

Trotz der großen Bedeutung für das Nachkriegsdeutschland wurden das Thema der KG<sup>11</sup> und deren Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Gesellschaft erst seit den 1980er Jahren von der Wissenschaft aufgegriffen und intensiv erforscht. Die ersten Arbeiten widmeten sich dem Ende und der Heimkehr der Kriegsgefangenen und den dabei auftretenden Wiedereingliederungsproblemen. Bis heute jedoch gibt

Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1983, S. 185–204.

- 6 Zum Begriff vgl. Bruno CABANES, Introduction, *La victoire endeuillée. La sortie de guerre des soldats français (1918–1920)*, Paris 2004, S. 9–21.
- 7 Archives, ministère des Affaires étrangères (AMAE), Paris, Z23, Note 4321 vom 02.12.1946: »L'opinion publique allemande et le problème des PG«.
- 8 Von 1 065 000 Gefangenen, die sich zwischen 1945 und 1948 in Frankreich aufhielten (davon 907 000 Deutsche) wurden nur 237 000 durch französische Streitkräfte gefangengenommen, 740 000, (69,5%) wurden von den Vereinigten Staaten und 25 000 durch britische Behörden überstellt; die 63 000 Übrigen befanden sich seit 1943 in Nordafrika.
- 9 Während der Außenministerkonferenz in Moskau von März bis April 1947 verpflichteten sich die vier Besatzungsmächte, alle deutschen KG spätestens zu dieser Zeit zu entlassen. In Frankreich wählten fast 140 000 KG die »Umwandlung in zivile freie Arbeiter«.
- 10 Die französische Besatzungszone bestand aus zwei Teilzonen, die nur an einer Stelle durch eine Rheinbrücke miteinander verbunden waren: im Norden die linksrheinischen Gebiete und eine rechtsrheinische Südzone. »Mit einer Fläche von 42 900 km<sup>2</sup> und etwa 6 Millionen Einwohnern war [die französische] nicht nur die räumlich kleinste und die am geringsten bevölkerte Zone. Sie verfügte auch kaum über wirtschaftliche und industrielle Infrastrukturen, die zum Wiederaufbau Frankreichs und die Versorgung der Zonenbevölkerung genutzt werden konnten«, vgl. Christophe BAGINSKI, *Frankreichs Kirchenpolitik im besetzten Deutschland 1945–1949*, Mainz 2001, S. 8f. Das Saarland wurde in dem vorliegenden Artikel nicht berücksichtigt.
- 11 Seit der Arbeit von Arthur L. SMITH, *Heimkehrer aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen*, Stuttgart 1985. Siehe Rüdiger OVERMANS, *Bibliographischer Essay*, in: ID. (Hg.), *In der Hand des Feindes. Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg*, Köln, Weimar, Wien 1999; Frank BLESS, *Homecomings. Returning POWs and The Legacies of Defeat In Postwar Germany*, Princeton 2006.

es keine eingehenderen Forschungen zum Verhältnis deutscher KG in Frankreich und in der FBZ. Diese historiographische Lücke ist eine Folge der im Vergleich zu den angloamerikanischen Zonen<sup>12</sup> ungleich schwierigeren Ausgangssituation bei der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der »vergessenen Zone«<sup>13</sup>: die weit verstreuten Unterlagen aufgrund der französischen Dezentralisierungspolitik; die spätere Öffnung der Archive ab 1986; ein gewisses Desinteresse der Historiker an einer Zone, deren versuchte Abkapselung den Einfluss Frankreichs auf die Entstehung der Bundesrepublik beschränkt hat; und nicht zuletzt Erinnerungskonflikte:

»Côté français, en raison de l'expérience de l'occupation et de la guerre, une simple discussion sur la dureté de l'occupation française est parfois interprétée, par les Français, comme une attaque contre leur pays. Du côté allemand, par contre, le chercheur qui met en relief les tentatives de renouveau de la politique française se voit facilement reprocher de considérer l'occupation dans l'optique du rapprochement franco-allemand intervenu dans les années 1960«<sup>14</sup>.

Diese Sachzwänge haben in ersten Arbeiten erheblich zur Übernahme eines negativ geprägten Bildes zu dieser »düsteren Franzosenzeit«<sup>15</sup> beigetragen. Im deutschen kollektiven Gedächtnis verankerte sich eine »allein restriktive, demokratiefeindliche, tyrannische und ausbeuterische französische Besatzungspolitik«<sup>16</sup>.

Bis in die 1980er Jahre wurde dem Forschungsthema »Kriegsgefangenschaft« kaum Beachtung geschenkt. Weshalb hat das Schicksal von fast einer Million deutscher KG in französischer Hand das Interesse der Zunft nicht früher und intensiver geweckt? Zweifellos hat die Fokussierung auf das vielzitierte »couple franco-allemand« Forschungen zu solchen Themen verhindert, die die Wunden der Vergangen-

12 Rainer HUDEMANN, *L'occupation française en Allemagne. Problèmes généraux et perspectives de recherche*, in: Henri MÉNUDIER (Hg.), *L'Allemagne occupée 1945–1949*, Paris 1989, S. 221–242.

13 Unter vielen anderen Rainer HUDEMANN, *Revanche ou partenariat? À propos des nouvelles orientations de la recherche sur la politique française à l'égard de l'Allemagne après 1945*, in: Gilbert KREBS, Gérard SCHNEILIN (Hg.), *L'Allemagne 1945–1955. De la capitulation à la division*, Paris 1996, S. 127–152; DERS., *Frankreichs Besatzung in Deutschland: Hindernis oder Auftakt der deutsch-französischen Kooperation?*, in: Joseph JURT (Hg.), *Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation – De la période d'occupation à la coopération franco-allemande*, Paris, 1993, S. 237–254; Edgar WOLFRUM, *Die Besatzungszeit der Franzosen 1945 bis 1949 in der Erinnerung der Deutschen*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 46 (1995), S. 567–584; DERS., *Französische Besatzungspolitik in Deutschland nach 1945. Neuere Forschungen über die »vergessene Zone«*, in: *Neue politische Literatur* 35 (1990), S. 50–62; Adolf KIMMEL, *Die deutsch-französischen Beziehungen (I)*, in: *ibid.*, *Von der »Erbfeindschaft« zur guten Nachbarschaft: 1945–1950*, S. 478–481; Dietmar HÜSER, *Frankreichs »doppelte« Deutschlandpolitik*, Berlin 1996.

14 HÜSER, *Ibid.*, S. 222.

15 Edgar WOLFRUM, *»Jammert im Leid der Besiegte, so ist auch der Sieger verloren«. Kollektive Alltagserfahrungen in der französischen Besatzungszone nach 1945*, in: Joseph JURT (Hg.), *Die »Franzosenzeit« im Lande Baden von 1945 bis heute. Zeitzeugnisse und Forschungsergebnisse – La présence française dans le pays de Bade de 1945 à nos jours. Témoignages et résultats de recherche*, Freiburg 1992, S. 23.

16 WOLFRUM, *Französische Besatzungspolitik* (wie Anm. 15), S. 50.

heit neu beleben konnten, da das »Postulat des Ehebandes wie der Wille interpretiert werden kann, das Schicksal Deutschlands in Zusammenhang mit einer zweideutigen gefühlsbetonten Abhängigkeit zu sehen und da dieses als Vorwand verwendet wurde, die alten Ängste zu verschleiern«<sup>17</sup>. Die chronologische Einteilung ist ein weiterer Grund: traditionsgemäß liegt der Schwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeiten zur deutsch-französischen Beziehungsgeschichte auf der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Dies erlaubt einerseits, die dunkle Vergangenheit in den Hintergrund zu drängen und andererseits die Jahre der Versöhnung mit einer höheren Weihe zu versehen, ohne die Frage nach dem Übergang von der »Erbfeindschaft« zu einem positiv besetzten Bild zu stellen. Auf deutscher Seite war das Schicksal der deutschen KG in Frankreich politisch heikel und von der Geschichtswissenschaft kaum behandeltes Thema<sup>18</sup>, ganz anders als die Kriegsgefangenschaft in der UdSSR, die im Kontext des Kalten Krieges von erheblicher innen- und außenpolitischer Bedeutung war und zudem erlaubte, die kulturelle Mobilisierung gegen den Kommunismus zu pflegen. Die Beziehungen mit Frankreich verbesserten sich dagegen zusehends.

Mit den ideologisch-politischen Veränderungen in Europa<sup>19</sup> in den 1990er Jahren erlischt für die westdeutsche Gesellschaft die sowjetische Bedrohung und im Rahmen der Historiographie endet die Fokussierung auf die Kriegsgefangenschaft in der UdSSR. Andererseits haben die Historiker die Krise der jeweiligen offiziellen nationalen Geschichtsschreibung beschleunigt, die 1945 mit dem Ziel einer engen Verknüpfung zwischen einer heroischen Vergangenheit und einer fortschrittsgläubigen Zukunft<sup>20</sup> konzipiert worden war. Diese Form der Geschichtsschreibung, die eine dichotome Deutung des Krieges anbot, indem sie die Verantwortung zwischen Besiegten und Siegern<sup>21</sup> aufteilte, funktioniert nun nicht mehr: während in Frankreich dem Mythos der »France résistancialiste«<sup>22</sup> ein Ende bereitet wird, kann man in Deutschland auf die neuesten Forschungen zur Vorgeschichte der Bundesrepublik<sup>23</sup> verweisen. Durch diese Umbrüche wird es möglich, die Geschichte der Kriegsgefangenschaft in der nationalen Geschichtsschreibung erstmals zu verorten.

Das Auftreten eines nouveau »régime d'historicité« (François Hartog) drückt die Festigkeit der europäischen Konstruktion aus, die auf der deutsch-französischen Verständigung gründet. Denn diese in der Geschichte des 20. Jahrhunderts einzigartige Annäherung erlaubt paradoxerweise im 21. Jahrhundert, das goldene Zeitalter

17 Stephan MARTENS, *Allemagne. La nouvelle puissance européenne*, Paris 2002, S. 105.

18 Außer der Synthese über »die deutschen KG in französischer Hand« von Kurt W. BÖHME, *Die deutschen Kriegsgefangenen in französischer Hand*, in: »Maschke Kommission«, *Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges*, Band XIII, München 1971.

19 Étienne FRANÇOIS, *Meistererzählung und Dammbücke. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg zwischen Nationalisierung und Universalisierung*, in: *Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen*, Berlin 2005.

20 Siehe in Frankreich den Einfluss von Robert O. PAXTON, *La France de Vichy*, Paris 1973 und Henry ROUSSO, *Le syndrome de Vichy de 1944 à nos jours*, Paris 1990.

21 Pieter LAGROU, *The Legacy of Nazi Occupation: Patriotic Memory and National Recovery in Western Europe, 1945–1965*, New York 2000.

22 Fabrice VIRGILI, *La France »virile«. Des femmes tondues à la libération*, Paris 2000.

23 Claudia MOISEL, *Frankreich und die deutschen Kriegsverbrecher. Politik und Praxis der Strafverfolgung nach dem Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 2004, S. 11–14.

der Versöhnung zu überwinden, das von den fast mystischen Paaren De Gaulle-Adenauer und Mitterrand-Kohl verkörpert wurde, um zu einem der Tiefpunkte im nachbarschaftlichen Verhältnis, nämlich dem Kriegsende 1945, zurückzukehren. Treffend wies Volker Koop in seiner Studie über die französische Besatzungspolitik darauf hin: »Die deutsch-französische Freundschaft wird dieses Buch nicht berühren können, dessen ist sich der Autor sicher. Es dient dem offenen und ehrlichen Umgang miteinander – und den muss jede Partnerschaft vertragen können«<sup>24</sup>. Das erweiterte Europa bietet einen Bezugsrahmen für eine kritische Reflektion der deutsch-französischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere hinsichtlich der Besatzungsherrschaft in Deutschland und die Zeit der Gefangenschaft in Frankreich<sup>25</sup>.

Der besondere Aspekt einer Studie über die Reaktionen der deutschen Gesellschaft auf ihre Kriegsgefangenen in französischer Hand liegt im Widerspruch, dem einer Kriegsgefangenschaft in Friedenzeiten innewohnt<sup>26</sup>. Bei dem Versuch, die Gründe und Formen der Mobilisierung der deutschen Bevölkerung in dieser Frage zu erfassen, stellt die »sortie de guerre« der Bevölkerung der FBZ einen Sonderfall dar, denn hier ist die Erfahrung der Befreiung und der Niederlage, der Gefangenschaft und der Besatzung eine andere und erschwert die kulturelle Demobilisierung<sup>27</sup>. Die Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen in französischer Hand bietet jedoch nicht nur einen eigenen Betrachtungswinkel, um die Wechselwirkungen zwischen der deutschen Gesellschaft und den deutschen KG, sondern auch zwischen Besetzten und Besatzern, sowie zwischen den französischen Dienststellen in Baden-Baden und Paris<sup>28</sup> zu studieren. Im Folgenden werden dazu Überlegungen und neue Forschungsansätze<sup>29</sup> vorgestellt. Nach einem Überblick über die Wahrnehmung der deutschen Kriegsgefangenen in französischer Hand durch die Bevölkerung wird aufgezeigt, inwiefern diese Frage zu einem Bestandteil der französischen Besatzungspolitik wurde und welche Rolle die christlichen Kirchen in der KG-Frage spielten.

24 Volker KOOP, *Besetzt. Französische Besatzungspolitik in Deutschland*, Berlin 2005, S. 9. Leider überwiegt in der Arbeit die Polemik – insbesondere im Kapitel »Kriegsgefangene. Ein Posten auf dem Reparationskonto«.

25 Diese Anmerkung von Rainer Hudemann hat inzwischen an Stichhaltigkeit verloren: Nach 1989, »si le tabou de l'héritage du nazisme, de la guerre et de la collaboration semble désormais levé, on peut se demander si l'occupation française en Allemagne après 1945 ne constitue pas, elle, à faire l'objet d'un autre tabou et qui s'ancre peut-être actuellement encore davantage«, Rainer HUDEMANN, *L'occupation française après 1945 et les relations franco-allemandes*, in: *Vingtième Siècle* 55 (1997), S. 58.

26 Vgl. dazu die ausgezeichnete Begründung von Frank BIESS für einen erneuerten Ansatz des Begriffs »Nachkrieg«, in: *Homecomings. Returning POWs* (wie Anm. 11), S. 1–16.

27 John HORNE, *Kulturelle Demobilmachung 1919–1939. Ein sinnvoller historischer Begriff?*, in: Wolfgang HARDTWIG (Hg.), *Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939*, Göttingen 2005, S. 129–150.

28 HÜSER, *Frankreichs »doppelte Deutschlandpolitik«* (wie Anm. 15), S. 477–585.

29 Die Studie der Beziehungen zwischen der deutschen Bevölkerung der FBZ und ihren KG in Frankreich bildet das letzte Kapitel meiner in Vorbereitung befindlichen Dissertation (Paris X Nanterre – Universität Augsburg).

## Die Zivilbevölkerung der Französisch besetzten Zone und die Kriegsgefangenen in Frankreich: Eine verhinderte kulturelle Demobilmachung?

In welchem Maß die deutsche Kriegsgefangenschaft zu Friedenszeiten die kollektive Erfahrung weit über die Gruppe der KG<sup>30</sup> hinaus prägt, lässt sich mit diskursiv angelegten Untersuchungsmethoden aufzeigen. Grundlage hierfür sind zum einen jene hunderte von Briefen, die die Familien über das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) ihren KG in Frankreich<sup>31</sup> schicken, sowie zum anderen die Berichte der französischen Besatzungsbehörden über den »état de l'opinion«. Sie geben Aufschluss über die Frage, wie die deutsche Bevölkerung die deutschen KG in Frankreich sieht und inwieweit sich ihre Vorstellungen in der Dynamik der kulturellen Demobilmachung niederschlagen.

### *Unser deutscher Kriegsgefangener in französischer Hand, ein Unschuldiger*

In den zahllosen an das IKRK adressierten Postsendungen, überwiegend von unmittelbaren Angehörigen, manchmal auch von Freunden – Briefe ohne persönliche Bindungen sowie kollektive Gesuche sind äußerst selten –, erscheint der deutsche KG in der Regel als das abwesende Familienmitglied, als ein Mensch, der nicht verurteilt und damit »unschuldig« ist. Der Tenor der Briefe ähnelt sich. Man kann die Einzelschicksale nebeneinanderstellen, die scheinbar keine Verbindung zueinander aufweisen, außer dem Unglück, das diese »Familien [...] zu Tode betrübt, machtlos, aussichtslos«<sup>32</sup> trifft und eint und sie daran hindert, das Ende des Krieges als eine Befreiung zu betrachten. Der Zusammenbruch des Dritten Reiches hat plötzlich das Zugehörigkeitsgefühl zu einer nationalen Gemeinschaft zugunsten einer Identitätszurückgezogenheit auf seine Heimat abgelöst.

Negative Einschätzungen wie »Verräter« oder »Feigling« kommen nicht vor. Das Bild ist im wesentlichen das einer Gefangenschaft unter materiellen und moralisch »unmenschlichen« Bedingungen. Der verzweifelte Brief von Meta J. aus Bremen im

30 Dieses heterogene Korpus bereitet indessen verschiedene methodische Probleme. Das Hauptproblem ist die fehlende geographische Einheit zwischen den Empfängern, den KG in Frankreich, und der Herkunft der Briefe, die nicht nur aus der französischen, sondern aus allen vier Besatzungszonen stammen. Inwiefern kann man die Reaktionen der deutschen Bevölkerung unabhängig von der jeweiligen Besatzungszone als gleichwertig betrachten? Statt einer systematischen Analyse im Hinblick auf die Genauigkeit der jeweiligen Details standen hier jedoch die Vorstellungen über die Kriegsgefangenschaft in französischer Hand im Vordergrund. Deshalb wurden sämtliche Briefe in die Untersuchung einbezogen. Für eine methodologische Klärstellung s. Klaus LATZEL, *Deutsche Soldaten – nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis-Kriegserfahrung 1939–1945*, Paderborn 1998. Die Berichte der Besatzungsbehörden erweisen sich im Hinblick auf eine Interpretation des »état de l'opinion« ebenfalls als problematisch. Für eine kritische Überlegung über den Begriff »opinion publique« Brigitte GAÏTI, *Fabrique et influence de l'opinion publique*, in: *Le Mouvement social* 221 (2007), S. 96–104.

31 Der regelmäßig wiederkehrenden Forderung der Bevölkerung wurde 1946 durch die Normalisierung des Brief- und Paketverkehrs entsprochen.

32 Archives, Comité international de la Croix-Rouge (ACICR), Genève, G17/51, G17/Fr. XVI, 128, Brief von Elisabeth H., 16.09.1947, München.

Januar 1946 über den Zustand ihres Mannes bündelt die Kritik, die sich zwischen 1946 und 1947 kaum ändert: Wegen der Unternährung hat er »Wasser in Beinen, Gesicht und Armen [...]. Eine Strafe von Prügeln ist nicht selten. Sämtliches Unterzeug wurde den Gefangenen ausgezogen, sie stehen dort nur im Anzug und alles zerlumpt [...]. Keine Arzneimittel sind dort vorhanden. Tagtäglich sterben dort 15–18 Mann an Hunger und Wasser in den Gliedern«<sup>33</sup>. Diese Darstellung eines leidenden und misshandelten Körpers<sup>34</sup> reduziert den KG zu einem angeblich wehrlosen und der französischen Willkür ausgelieferten Menschen.

Innerhalb dieser negativen Wahrnehmung gelten die Sorgen der deutschen Öffentlichkeit insbesondere drei ganz bestimmten KG-Kategorien und deren schwieriger Lage in Frankreich: den Bergleuten, den KG in Minenräumkommandos und denjenigen, die jünger als 18–20 Jahre alt sind. Deren Behandlung entspricht nicht den Vorstellungen, die sich die deutsche Zivilbevölkerung über einen scheinbar normalen Zustand eines KG macht und die die beiden negativen Dimensionen der Kriegskultur fortsetzt, nämlich »Gewalt und Brutalität des Krieges« und »Feind« (*Entmenschlichung*)<sup>35</sup>. Die entsetzten Reaktionen über den Einsatz von KG bei der Minenräumung zeigen, wie sehr die Gefangenschaft als Unrecht wahrgenommen wird, das der lokalen Bevölkerung die »sortie de guerre« erschwert: die Briefe beschreiben den Arbeitseinsatz dieser »armen Menschen«<sup>36</sup>, die keine Ausbildung erhalten hätten<sup>37</sup> und für die »ja immer noch Krieg [sei], denn es gibt doch da bestimmt Tote und Verletzte«<sup>38</sup>. Die Minderjährigen sind eine andere Kategorie, die bei der Umwandlung vom KG zum unschuldig Besiegten benutzt wird: Da sie die ideologische Bedeutung des Nationalsozialismus zu reduzieren erlaubt, zielt sie auf eine Interpretation mittels des Völkerrechtes, wobei der KG als ein unschuldiger Soldat dargestellt wird, der nur seine Pflicht erfüllt habe.

Bei dieser ersten Form der Darstellung stellt sich das grundlegende Problem des Zusammenhangs zwischen der eigenen Erfahrung (des KG oder seiner Angehörigen) und dem der nationalen Gemeinschaft: Welchem Heer gehören »unsere Soldaten« noch an? Zahlreiche Verfasser der Briefe behaupten, im Namen eines Kollektivs zu schreiben, das den Familienkreis überschreitet, wie Käthe aus Gransee, die sich im Februar 1946 an das IKRK wendet: »Dann will ich versuchen, das auszusprechen, was heute Hunderttausende deutsche Frauen quält und bedrückt«<sup>39</sup>. Andere meinen, im Namen des Gefangenen zu sprechen, so Magdalene S. im August 1946, die ihr Gesuch mit »eine gläubige deutsche Frau, deren Mann wie so 1000e in den Krieg gehetzt wurden u. deshalb nie u. nimmermehr eine solche Behandlung verdient haben« unterschreibt<sup>40</sup>. Der Untergang des Nationalsozialismus und seiner Volksgemeinschaft – letztere verlieh dem einzelnen Schicksal, bzw. dem Opfer der Sol-

33 ACICR, G25/657, G. 25/22 VI, Brief von Frau Meta J., bei Bremen, 16.09.1947.

34 Die Ausdrücke wie »Leidtragende« oder »unglücklich« sind häufig.

35 HORN, Kulturelle Demobilmachung (wie Anm. 27), S. 132.

36 ACICR, G 86/R, 1142; Rap/XII, Brief vom BRK, Präsidium, 28.06.1947.

37 ACICR, G 25/664, Brief von Ilse K., Hattingen/Ruhr, 08.08.1947.

38 ACICR, G17/51, G17/Fr. XIII, 123, Brief von Christine K., Bayern, 04.10.1946.

39 ACICR, G 86/R, 1142; Rap/XII, Brief von Käthe W., Gransee, 20.04.1946.

40 ACICR, G. 25/669, G 25/36/V, Brief von Magdalene S., Erzgebirge, 23.08.1946.



daten und dem damit verbundenen »Dank des Vaterlandes« einen kollektiven Sinn –, und das Fehlen eines deutschen Staats als einen Ersatz für ein kollektives Gemeinwesen, entziehen der Kriegskultur ihre zwei positiven Komponenten: 1. das »kollektive Ich der Nation (Idealisierung)«, 2. ein »für den Krieg mobilisiertes oder selbstmobilisiertes Individuum« bzw. eine gruppenspezifische Mobilisierung«<sup>41</sup>. Damit bleibt die Frage nach der Verbindung von Kollektiv- und Privaterfahrung und der politischen Verantwortung unbeantwortet. Doch lässt sich die Erfahrung der Gefangenschaft überhaupt in einen breiteren Rahmen integrieren, ohne gleichzeitig die Mitverantwortung des nationalsozialistischen Erbes zu übernehmen?

### *Opfer und apolitische Haltung*

Zwei unterschiedliche diskursive Strategien sind zu beobachten. Die erste versucht zu zeigen, dass die von den KG erlittene Behandlung in Frankreich genauso schrecklich, sogar schlimmer ist als diejenige, die gefangenen Soldaten seitens der Nationalsozialisten widerfuhr. Aus den Akten wird ein besonderes Bild von Frankreich und den Franzosen deutlich. Die französischen »Unterdrücker« werden als »Sadisten und Verbrecher und Menschquäler«<sup>42</sup>, ihre KG-Lager als Pendant der Konzentrationslager<sup>43</sup>, ihre KG-Verwaltung als eine »moderne Sklaverei«<sup>44</sup> bezeichnet. Dabei wird zumeist auf Stereotypen zurückgegriffen, die von der nationalsozialistischen Ideologie geprägt sind. Weit davon entfernt seien die humanistischen Ideale, für die Frankreich vorgeblich gekämpft hat und damit »ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit [begeht] wegen dem die deutschen Verbrecher in Nürnberg gehängt wurden«<sup>45</sup>. Diese Herabwürdigung vor allem, die die Debatte auf die Nachkriegszeit beschränkt, ohne die Kausalität der Schuld des Nationalsozialismus zu berücksichtigen erlaubt, die deutschen KG als Opfer darzustellen.

Die zweite diskursive Strategie besteht darin zuzugeben, dass es in der Tat deutsche Täter gibt: Sie befinden sich aber nicht in den KG-Lagern, sondern wird entweder frei oder in Internierungslagern in Deutschland. Von mehreren Antragstellern und der Öffentlichkeit<sup>46</sup> wird ab 1946 eine *relève* vorgeschlagen, um die unschuldigen Opfer in Frankreich mit den »ausgezeichneten Nazi-Verbrechern« der FBZ auszutauschen<sup>47</sup>. Die eingesehenen Quellen offenbaren eine grundsätzlich apolitische Interpretation des Dritten Reiches, verbunden mit persönlichen Erfahrungen im Umgang mit Kriegsgefangenen. Oft wird die angeblich gute Behandlung der in der Kriegswirtschaft eingesetzten französischen KG durch Deutsche beispielhaft vorgebracht: »Wenn ich bedenke«, argumentiert Magdalene S. im September 1946, »wie anständig wir hier im Erzgebirge selbst gegenüber den Gefangenen in jener Zeit waren, ganz

41 HORN, Kulturelle Demobilisierung (wie Anm. 27), S. 132.

42 ACICR, G17/51, G17/Fr. XV, 126, Brief von Emil K., Kreis Karlsruhe, 25.02.1947.

43 ACICR, G17/51, G17/Fr. XV, 126, Brief von Willy J., 24.03.1947.

44 ACICR, G17/51, G17/Fr. XV, 127, Brief von Schröter, 11.01.1947.

45 ACICR, G. 25/661, G 25/28/I, Brief von Küpers, 17.03.1947.

46 Ministère des Affaires étrangères, Archives de la zone française d'occupation en Allemagne et en Autriche (MAE-AZOFAA), Colmar, AP 27-9, Note d'information 393, 07.03.1946, über »Possibilité d'une ›relève‹ de PG antinazis par des nazis«.

47 ACICR, G17/51, G17/Fr. XVI, 128, Brief von Elisabeth H.

gleich welcher Nation sie angehörten, weil man sich immer sagte, es sind arme wehrlose Geschöpfe«<sup>48</sup>. Diese Entkontextualisierung erlaubt der Bevölkerung, den Nationalsozialismus zu benutzen, um sich ihre eigene Unschuld zu beweisen. Sie erlaubt ihr, auf das vor 1945 Erlebte zurückzugreifen, ohne die ideologische Kohärenz bzw. das politische Erbe des Dritten Reiches berücksichtigen zu müssen.

Beiden Strategien liegt eine bestimmte Anschauung der Beziehungen zwischen Besiegten und Siegern zu Grunde. Mit der Einforderung des Opfer-Status für die KG und der apolitischen Haltung der Bevölkerung stellen sie weniger die legitimen französischen Reparationsforderungen als die Ansprüche Frankreichs in Frage, diese Forderungen mit den als kollektiv verantwortlich betrachteten KG zu begleichen. Sie stellen damit nicht zuletzt auch ganz allgemein die französische Entnazifizierungspolitik in Frage. So zielt die Argumentation darauf ab, das Unrecht gegenüber den KG nicht nur als Unrecht gegen ein Individuum, sondern als Unrecht gegen einen Vertreter des deutschen Volkes anzuprangern, wodurch das deutsche Volk zum unschuldigen Opfer stilisiert wird. Die letzte Etappe dieses Wandels vom Besiegten zum Opfer ist in dem Augenblick vollzogen, wenn sich die deutsche Bevölkerung mit dieser ungerechten Behandlung der KG identifiziert. So schreibt Irene K.-K. aus Rastatt im September 1947: »Gibt es eigentlich für uns Deutsche keine Gerechtigkeit mehr? Ist es ein Privileg aller anderen Völker und glaubt man in der Welt den Frieden zu sichern, wenn man einem Volk jede Möglichkeit zum Leben nimmt?«<sup>49</sup>. Die Wahrnehmung des Schicksals der deutschen KG in französischer Hand enthält demzufolge selbst eine Kritik an den Grundlagen der französischen Besatzungspolitik. Von dem Zeitpunkt an, wo Kriegsgefangenschafts- und Besatzungserfahrung übereinstimmen, versteht man, warum die Wahrnehmung dieses Schicksals in Frankreich und das Erleben in der FBZ interdependent werden.

### *Entlassung der KG und deren Besatzungserfahrung*

Für die Bevölkerung der französischen Zone wird die Entlassungspraxis der französischen Behörden schnell zu einem Bewertungsmaßstab für ihre Besatzungspolitik. Die Berichte betonen seit Juni 1945, insbesondere aber dann ab 1946, wie negativ die Entlassungspraxis von der Bevölkerung eingeschätzt wird, während sie Fortschritte bei der Repatriierung der KG durch die anderen Gewahrsamstaaten registriert. Im Juni 1945 erwähnt ein Bericht eine »propagande d'origine indéterminée, utilisant l'absence d'information officielle«<sup>50</sup>, deren Zweck wie folgt beschrieben wird: »déprécie[r] l'occupation française en magnifiant l'attitude des Américains«, die viele KG entlassen. Im Dezember 1946 notiert ein Delegierter aus dem Kreis Säckingen in Baden, dass mit der Heimkehr von amerikanischen, britischen und nun auch sowjetischen KG »on ne manque pas de dire que c'est la France qui libère avec le plus de parcimonie«<sup>51</sup>. Folglich geht die gesamte französische Besatzungspolitik das

48 ACICR, G. 25/669, G 25/36/V, Brief von Magdalene S.

49 ACICR, G17/51, G17/Fr. XVI, 128, Brief von Irene K.-K., 14.09.1947

50 Service historique de la Défense (SHED), archives de l'Armée de terre (AAT), Vincennes, 10P134, note 302/2 vom 16.06.945.

51 MAE-AZOFAA, T 1.101/2, Rapport mensuel du cercle de Säckingen 10335 SUR/JL, »Novembre 1946«.

Risiko ein, wegen der restriktiven Entlassungspraxis angegriffen werden, was spätestens 1947 geschieht. Der Kommissar für Sicherheitsangelegenheiten in Baden-Baden bemerkt in seinem Informationsbericht im April: »dépassant tous les soucis politiques et économiques, l'attention du public se porte principalement sur le sort des PGA [prisonniers de guerre allemands], dont on éprouve la longue captivité après l'armistice comme particulièrement dure«<sup>52</sup>. Die Art und Weise, wie »la Russie« die »question des PG [behandelt] a conduit à un empoisonnement définitif« der öffentlichen Meinung ihr gegenüber. »Par contre, le prestige dont les Américains jouissent dans maints milieux est à reporter principalement sur la rapide libération des PG«. Der Fall Frankreichs scheint noch unentschieden zu sein, da es im Verdacht steht, die KG so lange wie möglich bewahren zu wollen: Obgleich die Bevölkerung die wirtschaftlichen Gründe eines solchen Bewahrens versteht, »on ne peut nier ici aussi qu'un empoisonnement de l'esprit public s'opère«. Der Bericht zieht eine eindeutige Verbindungslinie zwischen Kriegsgefangenschaft und Besatzung: »on s'attendait – à tort ou à raison – à un geste du gouvernement français, après que la population de la ZF s'était jusqu'ici tenue paisible«. Nur eine Geste, selbst nur eine partielle Entlassung, könnte die Tendenz umkehren, da er »ne saurait être dépassé, même de loin, par les concessions les plus larges de nature politique et économique«. Die Wahrnehmung der deutschen Gefangenschaft durch die deutsche Öffentlichkeit scheint also die französische Besatzungspolitik zu erschweren. Da sie den Franzosen weiter als Feind der Deutschen stilisiert, verhindert sie die Ausformung eines positiv besetzten Bildes von der Besatzungsmacht und ihren Beziehungen zu den Besetzten und damit die kulturelle Demobilmachung der Zivilbevölkerung. Die von der öffentlichen Meinung den KG zuteil gewordene Aufmerksamkeit ist den französischen Behörden in Baden-Baden nicht entgangen. In den Berichten über den Meinungszustand mehrten sich Warnungen und Ratschläge zur Beruhigung der Öffentlichkeit. Wie hat die französische Besatzungsmacht darauf reagiert?

### Wenn deutsche Kriegsgefangenschaft in Frankreich zum Bestandteil der Besatzungspolitik wird

Das öffentliche Interesse in der Besatzungszone und die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Paris und Baden-Baden stellt die Verwaltung der deutschen Gefangenen in französischer Hand nicht nur in den Mittelpunkt der Wahrnehmung der Beziehungen zwischen Besatzungsmacht und deutscher Zivilbevölkerung, auch die Gestaltung der französischen Deutschlandpolitik steht im Schatten dieser Problematik. Die Arbeiten über die Entscheidungsstrukturen und -prozesse der FBZ<sup>53</sup> und ihre Beziehungen mit Frankreich haben gezeigt, dass es eine größere

52 MAE-AZOFAA, A 2.002/4, Rapport d'information AB/JF 410, Commissaire de sûreté de Baden-Baden, »Avril 1947«.

53 Der Aufbau einer Militärregierung beginnt erst einige Monate nach der Besetzung durch die Truppen. Eine Verordnung vom 15. Juni 1945 bestimmt die Einrichtung eines französischen Oberkommandos in Deutschland (des Commandement en chef français en Allemagne, CCF), zu dessen Chef General Koenig, ein enger Vertrauter de Gaulles, ernannt wird. Ihm untersteht Generalverwalter Émile Laffon als (ziviler) Chef des Gouvernement militaire pour la zone fran-

konzertierte Aktion in der Gestaltung der Besatzungspolitik gab, als man vermutet hatte. Dies relativiert das Bild über die Handlungsspielräume der Zone gegenüber der Pariser Zentrale<sup>54</sup> wie auch in Bezug auf eine stärkere Interdependenz zwischen der Deutschlandpolitik Frankreichs und ihrer Besatzungspolitik. Inwieweit lässt sich bei der Verwaltung der in Frankreich festgehaltenen deutschen KG durch die Baden-Badener Behörden das Bestreben erkennen, eine Politik zu erstellen, die die Direktiven aus Paris und den Bedarf der Zone miteinander zu vereinbaren sucht? Inwieweit versucht sie, die Sorge der Bevölkerung um das Los der KG in Frankreich zu mildern und dabei zugleich ihren Status einer starken politischen Macht zu sichern?

### *Entlassungsgesuche und Entlassungspraxis*

Die Kommissionsprotokolle für das im Oktober 1945 gegründete KG-Wesen in Baden-Baden<sup>55</sup> spiegeln sowohl die französische Position in der Zone wider als auch die Sorge, die Forderungen der Regierung in Paris zu befolgen. Als die Kommission zu tagen anfängt, sind die Hauptentscheidungen von Paris grob vorgegeben worden: Die Besatzungszone muss fast alle ihre 182 000 ursprünglich in acht amerikanischen Lagern festgehaltenen KG für den Wiederaufbau Frankreichs<sup>56</sup> einsetzen. Gleichzeitig muss sie sich pro Monat etwa 25 000 arbeitsunfähigen Heimkehrern aus Frankreich annehmen und darf selbst nur einige Tausend KG in eigenen Lagern zurückhalten, obwohl der Arbeitskräftemangel in der Zone sehr groß ist. Der Wiederaufbau sowie die wirtschaftliche Hilfe, die die Zone Frankreich bringen könne, werde dadurch gebremst. Der Handlungsspielraum, über den die Kommission Ende 1945 verfügt, liegt in der Improvisation bei der konkreten Anwendung der Entlassungsmaßnahmen. Wie in anderen Bereichen scheint es auch hier, dass die Besatzungsbehörden bei der Entlassung der KG bis Oktober 1945 in der Zone die Richtlinien des Oberkommandos der Alliierten Streitkräfte in Europa (SHAEF) übernehmen. Die in den Lagern in der Zone festgehaltenen ehemaligen Angehörigen der Post und der Banken, Bergleute, Landwirte und Elektriker werden »au point de vue de leur utilisation économique« entlassen. Außerdem wird beschlossen, nach der gleichen Logik auch bei der Entlassung ehemaliger Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, der Wasser- und Gaswerke und der Eisenbahn zu verfahren. Gleichzeitig wurden Poli-

çaise d'occupation (GMZFO). Die Behörden verbleiben in Baden-Baden. Die Militärregierung »verfügt über verschiedene Generaldirektionen [...]. Außerdem unterstehen ihm die Délégations supérieures, die Ländermilitärregierungen, die einen bis auf Landkreisebene hinunter voll ausgebauten Apparat aufweisen«, in: Peter FÄSSLER, Die Besatzungsmacht richtet sich ein. Strukturen des Gouvernement militaire und Teilung des Landes Baden, in: Edgar WOLFRUM, Peter FÄSSLER, Reinhard GROHNERT, Krisenjahre und Aufbruchzeit. Alltag und Politik im französisch besetzten Baden, 1945–1949, München 1996, S. 43–44. Siehe auch Klaus-Dietmar HENKE, Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: SCHARF, SCHRÖDER (Hg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs (wie Anm. 5), S. 49–90.

54 HUDEMANN, Frankreichs Besatzung in Deutschland (wie Anm. 12).

55 Mit der Teilnahme von Vertretern des Führungsstab der Défense nationale und der Direction générale des prisonniers de guerre de l'Axe (DGP).

56 Am 01.09.1945 hat Frankreich 165 000 KG entsandt. Am 1.04.1946 befanden sich 28 200 und am 1.06.1947 18 600 KG in der FBZ.

zisten und Holzfäller überprüft und die Pfarrer bedurften einer positiven Stellungnahme der *sous-direction des cultes*<sup>57</sup>. Um die Kontrolle über diese demobilisierten Arbeitskräfte zu behalten und die Übergabe nach Frankreich nicht zu gefährden, schlägt die Arbeitsabteilung der Zone eine Lösung vor, um das Fluchtsrisiko zu verringern und die Leistung zu erhöhen: Die KG werden genau genommen nicht entlassen, sondern in »*congé de captivité*« (Beurlaubung) versetzt und können jederzeit wieder KG werden<sup>58</sup>. Eine ähnliche Entscheidung im Sinne der Forderungen aus Paris betrifft die Frage von KG-Entlassungen zugunsten der Wirtschaft der Zone. Die Vertreter des Pariser Kriegsministeriums weigern sich, das Alter und den Familienstand als Entlassungskriterium in Betracht zu ziehen und verlangen von der Zonenverwaltung, derartige Entlassungen deutlich zu begrenzen<sup>59</sup> bzw. diese Praxis ganz einzustellen.

Nachdem sich die französische Verwaltung installiert und eine bessere Kenntnis von den Bedürfnissen der Zone erlangt hat, wird am 10. Dezember 1945 per Verordnung bekannt gegeben, wie künftig die Entlassung eines Kriegsgefangenen beantragt werden kann. Ausdrücklich ausgeschlossen sind die in Frankreich festgehaltenen Gefangenen. Nur die außerordentlichen Fälle, jene die »der französischen Politik dienen«<sup>60</sup>, werden in Betracht gezogen. Diese Beschränkungen halten jedoch einen Teil der Bevölkerung nicht davon ab, lückenlose Akten mit Gutachten des Bürgermeisters, Pfarrers oder sogar mit Empfehlungsschreiben von ehemaligen französischen Kriegsgefangenen im Dritten Reich anzulegen. Die Gesuche berufen sich auf die in der Zone gültigen Vorschriften für festgehaltene KG und es werden dabei wirtschaftliche Argumente sowie die angeblich negative Einstellung des KG gegenüber dem NS-Regime systematisch betont. Im Archiv der französischen Besatzungsverwaltung in Colmar finden sich Gesuche aus 6 Kreisen<sup>61</sup>. Die zeitliche Verteilung der 398 Gesuche zwischen 1946 und 1947 offenbaren die große Sorge der Familien um ihre Angehörigen. Die Formulare spiegeln auch die lückenhaften Informationen wider, die die deutsche Bevölkerung über das Schicksal der KG in Frankreich hatte. Diese Flut von bisweilen falsch formulierten Gesuchen veranlasste General Koenig zu der Forderung, die Antragsbedingungen für die Entlassungen genauer zu definieren und schlug vor, dass die Entlassungsgesuche »dans l'intérêt de l'économie de la zone« nach Stellungnahme vom *administrateur général* Laffon zu entscheiden seien. Im Mai 1946 wird eine entsprechende Bekanntmachung der Militärregierung mit den neuen Entlassungsbedingungen in allen Zeitungen der Zone veröffentlicht und daran erinnert, dass sich solche Entlassungen für deutsche KG in Frankreich »ausnahmsweise« auf diejenigen »aus der französischen BZ« beschränken, »deren Anwesenheit in der französischen Zone von der Militärregierung für unerlässlich gehalten wird«<sup>62</sup>.

57 MAE-AZOFAA, AP 168-3, procès-verbal 1447 DGAA/CAB/A vom 05.10.1945.

58 MAE-AZOFAA, AP 168-3, Synthèse 1837 vom 29.10.1945.

59 Archives, ministère du Travail (AMT), Fontainebleau, cité des archives contemporaines, 19770623/87, procès-verbal, 1722 DGAA/CAB/A, vom 17.10.1945.

60 MAE-AZOFAA, PDR 7.31, Note 2311 DGAA/CAB/A Laffons über die »Libération et mise en congé des PGA« vom 10.12.1945.

61 Emmendingen in Baden, Ahrweiler, Montabauer, Daun und Wittlich im Rheinland, Frankenthal in der Pfalz. MAE-AZOFAA, Bade E.1001; RP 305-3; RP 1367 - 1, 2, 3; RP 1368 - 1; RP 1983 - 1; RP 2052-3; RP 2053-1, 2, 3; RP 2659-3; RP 26601-1, 2.

62 Badische Zeitung, 21.05.1946, 32, »Wer kann entlassen werden? Die Freigabe deutscher Soldaten aus französischer Kriegsgefangenschaft«, S.2.

Ein letztes Beispiel, das zeigt, dass die Interessen der eigenen Zone bei der KG-Verwaltung nach und nach stärkere Berücksichtigung finden, ist der Vorschlag der Direction générale de l'économie et des finances der BZ vom Januar 1946, kriegsgefangene Bauern und Förster in Frankreich zu entlassen<sup>63</sup>, um die Versorgung der Zone zu verbessern.

Ab 1946 sehen sich die Behörden in Baden-Baden durch einen zweiten Faktor dazu veranlasst, die Direktiven aus Paris den Erfordernissen der Zone anzupassen: die steigende Mobilisierung der deutschen Bevölkerung, insbesondere zugunsten der »prisonniers de guerre politiquement non chargés en France«, die durch nationalsozialistische Zivilinternierte in der Zone »relevés« seien<sup>64</sup>, und die minderjährigen KG. Zwar wird ein solches System in Paris wie in Baden-Baden abgelehnt<sup>65</sup>, doch die Zonenbehörden richten im Februar 1946 zwei Briefe an die Direction générale des prisonniers de guerre (DGPG), um die Genehmigung zu erhalten, KG unter 18 Jahren aus der FBZ zu beurlauben und die »antinazis« unter den KG zu entlassen. Die Reaktion der Pariser Behörden ist nicht eindeutig: Im März lehnt das Verteidigungsministerium eine automatische Entlassung von KG aufgrund des Alters und Familienstandes (Väter von kinderreichen Familien) ab – vermutlich wegen des drohenden Schadens für die französische Wirtschaft. Doch General Buisson, Leiter der DGPG, lässt die Entlassung von »antinazis« zu, die er auf 500 pro Jahr beschränkt<sup>66</sup>, da dies Beurlaubungen »de nature à servir la propagande française dans la zone«<sup>67</sup> seien. Die gleichzeitige Rechtfertigung der CCGA an General Koenig betont, wie die Pariser Zentrale nun versucht, das wirtschaftliche Interesse Frankreichs und das politische Interesse der Zone miteinander zu vereinbaren: Es kommt nicht in die Frage, diese »faveur« mit einer »prétendue ›relève‹ par des civils nazis« zu koppeln. Bei der Erstellung des Repatriierungsplans könnte die französische Regierung die Kategorie »antinazis« an oberste Stelle setzen. »C'est encore de cette façon que son attitude à l'égard des PG sera semble-t-il le mieux appréciée par la population générale«<sup>68</sup>. Der gleichen Logik folgt 1946 auch das Arbeitsministerium, als es erlaubt, Behörden einzelne KG zur Verfügung zu stellen, sofern deren Heimkehr »[n]'apporterait [pas] une perturbation quelconque à notre économie«<sup>69</sup>.

Mit dem Inkrafttreten des Repatriierungsplans und dem Beginn der Umwandlungsoperationen zu Zivilarbeitern Mitte 1947 nimmt die Entlassungspolitik in der Zone eine neue Dimension an. Der Commandement en chef in der FBZ ersucht den

63 MAE-AZOFAA, AP 28–1, Note 2409 DGAA/INT/4<sup>e</sup> section vom 12.06.1946.

64 MAE-AZOFAA, Bonn ADM 110 IV E, compte-rendu 2761 DGAA/CAB/A, vom 24.01.1946.

65 MAE-AZOFAA, Bonn ADM 110 IV E, Note 4381 CC/DAM/G, vom 16.05.1946 über die »Relève des PG antinazis par des Allemands internés civils«.

66 MAE-AZOFAA, AP 168–3, procès-verbal 3150 DGAA/CAB/A der Commission des PGA, 26.02.1946.

67 MAE-AZOFAA, AP 168–4, Synthèse vom 3255 DGAA/CAB/A, 13.03.1946. Die Entscheidung einer »Jugend-Amnestie«, also diejenigen zu entlassen, die nach dem 01.01.1929 geboren waren, wurde erst im Mai 1947 getroffen.

68 MAE-AZOFAA, Bonn ADM 110 IV E, Note 4418/POL über die »Relève des PG antinazis par des Allemands internés civils«.

69 MAE-AZOFAA, Bonn ADM 110 IV E, Brief 011889/M/MS vom 24.08.1946 über die »Mise en congé de captivité de PGA en ZFO«.

Generalkommissar für die deutschen und österreichischen Angelegenheiten um einen vergrößerten Handlungsspielraum in der Entlassungspraxis, die nach den Modalitäten des französischen Plans ein »grand retentissement dans les masses allemandes qui jugeront notre politique«<sup>70</sup>, haben sollte: Man müsse vorrangige Entlassungen beschleunigen; die Heimkehr der KG, die nicht Mitglied der NSDAP waren fördern, im Rahmen einer Unterstützung der »principes démocratiques sur lesquels nous désirerions voir s'édifier l'Allemagne nouvelle«; die vorrangigen Entlassungen aus politischen Gründen auf alle Fälle »laissés à l'appréciation du Gouvernement militaire en fonction des incidences que ce geste pourrait avoir sur la politique générale de la Zone«<sup>71</sup> erweitern. Umgekehrt gelte es, der Heimkehr von Unteroffizieren künftig keinen Vorrang mehr zu geben, da die Bevölkerung dies als ungerecht einschätzte. Schließlich müssten Maßnahmen zugunsten der KG der Minenräumkommandos getroffen werden. Man hat fast den Eindruck, als würden sich die Machtverhältnisse nun umkehren: Jetzt sind es die Behörden in Baden-Baden, die von Paris verlangen, ihren Repatriierungsplan im Interesse der Zone neu zu bestimmen. Für beide Parteien hat sich herausgestellt, dass der Erfolg der Besatzungspolitik bzw. des deutschen Wiederaufbaus und der des französischen Wiederaufbaus sich ergänzten, was übrigens die Militärregierung der FBZ dazu bewogen hat, solche Vorschläge zu unterbreiten, »bien que le problème des PGA ne semble à première vue relever que des autorités de métropole«. Das Arbeitsministerium stimmt nun Entlassungen mit höherer Dringlichkeit in Bezug auf die Einschätzung der Besatzungsabteilungen unter der Bedingung zu, dass es sich um eine verhältnismäßig kleine Anzahl handelt, um vorerst noch ein Maximum an Arbeitskräften für die Wirtschaft Frankreichs zurückbehalten zu können. Im Fall der Minenräumer verweist man auf die Mitteilung der DGPG, die diesbezüglich vorrangige Entlassungen vorsieht. Eine Zustimmung bezüglich der Unteroffiziere bleibt aus, da diese Maßnahme nur diejenigen betrifft, die sich freiwillig zum Arbeiten gemeldet haben<sup>72</sup>.

Der Ablauf der Repatriierung bestätigt die neue Stärke der Besatzungsbehörden gegenüber der Regierung in Paris. Auf die Direktive des Arbeitsministeriums vom 15. April 1947, die von der Zone KG verlangt, um die in den wichtigsten Wirtschaftszweigen arbeitenden und heimzukehrenden KG zu ersetzen, antwortet General Sevez mit dem Hinweis auf die »impossibilité, en tant que commandant en chef, de souscrire à l'application«<sup>73</sup> dieser Maßnahme. Er schildert die »bénéfices insignifiants«, die die französische Wirtschaft von der Zusendung von höchstens 10000 Mann gewinnen könne und beschwört die möglichen Folgen, die die ganze Zivil- und Militärverwaltung der Zone in Unordnung bringen würden und schlimme Nachwirkungen »d'ordre moral et politique« in der Bevölkerung hätten.

Die allmähliche Berücksichtigung des (französischen) Interesses der FBZ in der Gestaltung der Entlassungspolitik der Pariser Zentrale bestätigt die Komplexität der

70 MAE, Z24, Note vom 28.11.1947 über das »Problème des PGA en captivité française«.

71 AMT, 19770623/86, Note 10684 ABX vom 28.11.1947 über das »Problème des PGA en captivité française«.

72 AMT, 19770623/86, Note 883 M/ME vom 08.12.1947.

73 MAE-AZOFAA, Bonn ADM 110 IV E, Brief 2692 vom 05.05.1947 über den »Transfert en France des PG actuellement en captivité en ZFO en Allemagne«.

Beziehungen zwischen Paris und Baden-Baden, die weder von Rivalität noch von Unterordnung geprägt sind. Der Bedarf der französischen Wirtschaft bestimmt zweifelsohne bis 1948 die Position der Pariser Ministerien, aber das Fehlen eines eindeutigen Aktionsplans der französischen Politik zu Beginn der Besatzungszeit in der eigenen Zone erlaubt Baden-Baden, sich Handlungsräume zu verschaffen. Die Folge ist eine zunehmende Überschneidung der französischen Interessen, nämlich zwischen der Deutschland- und der eigenen Besatzungspolitik angesichts der Notwendigkeit, im Rahmen eines demokratischen Handelns den Bedarf des eigenen Landes zu decken und die Bedürfnisse der deutschen Bevölkerung zu berücksichtigen. Am Ende sind es insgesamt ca. 10 000 KG die auf Verlangen von General Koenig in der FBZ mit dem Status »congé de captivité« eingesetzt worden sind, um zum »relèvement de la zone [beizutragen], lorsque leur retour était en même temps utile à l'économie française«<sup>74</sup>.

### *Die Arbeit der deutschen Hilfsausschüsse*

Frankreich, das seit Mitte 1945 mehrere Hunderttausend deutsche Kriegsgefangene im eigenen Land zu versorgen hat, nimmt im Sommer 1945 seine Besatzungszone in Besitz. Die Politik in der FBZ bestimmt sich daher nach der Lage der KG in Frankreich. Deren Versorgung ist äußerst schlecht, zumal es die verringerten französischen Kapazitäten nicht erlauben, angemessene Bedingungen der Gefangenschaft zu gewährleisten. Das Scheitern der Verhandlungen mit den Alliierten bezüglich der Lieferung von Kleidung führt in Paris im September 1945 zu der Entscheidung, die KG mit Hilfe der Zone zu einzukleiden. Ende September 1945 wird General Koenig angewiesen, bis zum 1. Dezember 1945 500 000 Kleidungsstücke, Schuhe und Decken zu schicken<sup>75</sup>. Die Furcht, dass 200 000 KG sterben könnten, was die internationale Meinung der Verantwortung Frankreichs zuschreiben und das Ende der amerikanischen Übergaben bedeuten würde, zeigen rasch Konsequenzen. Die Behörden in Paris dringen auf absolute Priorität der Hilfe für die KG in Frankreich und setzen diese Maßnahmen auf Kosten der KG der Besatzungszone, der Ostflüchtlinge, aber auch der Besatzungstruppen und sogar der französischen Deportierten durch.

Der Handlungsspielraum von Baden-Baden aber ist gering, weil Paris von der Zone eine Lösung aller ihrer Probleme erwartet. Das Außenministerium fordert Ende September 1945, so viel Bekleidung wie möglich zu sammeln. Die »freiwilligen« Kleidungs- und Ernährungsmittelspenden und die individuellen Pakete bilden jedoch nur die ersten beiden Maßnahmen eines dreistufigen Plans. Paris verlangt darüber hinaus, vorhandene Kleidungs- und Deckenbestände zu beschlagnahmen. Schließlich wird General Koenig persönlich von Paris auf die psychologischen Maßnahmen hingewiesen, um bestmögliche Ergebnisse zu erzielen: »Zuneigungsgefühle« seien zu nutzen, indem man das extreme Elend der Gefangenen schildert. Um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung zu finden sei eine »systematische und dauerhafte«

74 Historique du service des prisonniers de guerre de l'Axe, 1943–1948, rédigé sous la direction du général BUISSON de la DGPG de l'Axe. Dieser Bericht wies erstmals auf die katastrophale Lage der KG in Frankreich und die Ohnmacht der Behörden hin.

75 MAE, Z22, Note vom 25.09.1945 über das »Habillement des PGA«.



Werbung für Spenden zu betreiben und der Wetteifer zwischen den Spendern sei dadurch zu fördern, dass man die Identitäten der Spender öffentlich mache!

Die Besatzungsbehörden erkennen jedoch bald, dass sie solche Vorschläge nicht umsetzen können und sie die Bedürfnisse Frankreichs mit ihrer Politik in der Zone und deren Zustand vereinbaren müssen. So führt der *commandant en chef* die freiwilligen Sammlungen zwar noch im September 1945 ein, weicht aber gleichzeitig einer Entscheidung aus: Beschlagnahmungen werden nicht durchgeführt und Nahrungsmittel werden nicht gespendet. Die einzige strikt gehandhabte Maßnahme besteht darin, dass jeder Demobilisierte ab dem 15. Oktober 1945 verpflichtet wird, seine Wehrmachts-Uniform gegen seine Ernährungskarten abzugeben. Der *administrateur général* Émile Laffon kann dies ohne Bedenken als Bestandteil der französischen Entnazifizierungspolitik rechtfertigen, da es das erklärte Ziel ist, »zur endgültigen Säuberung und Ausmerzung des Nazigedenken beizutragen [...]. Zu dieser weltanschaulichen Betrachtung gesellten sich auch materielle nützliche Gedanken, die besonders die Familien unsere KG verstehen werden«<sup>76</sup>.

Die katastrophale sozioökonomische Lage in der Zone und die Schwäche der französischen Verwaltung führen die Behörden in Baden-Baden in der Folge dazu, die in Paris festgelegten Prioritäten neu zu bestimmen und auf eine Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden zu setzen. Nur unter Einbeziehung der deutschen Akteure, die im Rahmen des breiteren Projektes der Demokratisierung erfolgt, lassen sich die widersprüchlichen Bedürfnisse Frankreichs und seiner Besatzungszone vereinbaren. Diese Haltung der französischen Behörden steht für eine ganz bestimmte Konzeption der Beziehung zwischen Franzosen und Deutschen, zwischen Siegern und Besiegten. Die Regierung in Baden-Baden sucht größtmöglichen Nutzen unter möglichst geringer Beteiligung französischer Beamter bzw. französischer Obhut zu erreichen, um nicht den Fehler aus der Zeit der Rheinland-Besatzung in den 1920er Jahren zu wiederholen.

Unter diesen Bedingungen führen die Franzosen Hilfskomitees ein. Sie betreiben eine erste Fürsorgepolitik für die KG, zunächst mit Hilfe von Sammlungen in der Zone, später dann durch die Unterstützung der ersten Heimkehrer. Die Not in den Lagern in Frankreich, der Mangel seitens der Besatzungsmacht und die Entnazifizierungsmaßnahmen veranlasst die französischen Behörden, eine neue Verwaltungsstruktur aufzubauen, die fortan die Aufgaben des nationalsozialistischen Deutschen Roten Kreuzes (DRK) übernimmt. Am 5. Oktober 1945 werden die Hilfskomitees gegründet, die mit der Unterstützung des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) Kleidungssammlungen betreiben müssen<sup>77</sup>. Nach der Einführung des Demokratisierungsprozesses werden sie zuerst auf kommunaler Ebene von den Bürgermeistern gebildet<sup>78</sup>. Später kommen Kreiskomitees und Landeskomitees hinzu; auf das ursprünglich geplante Zonenkomitee wird verzichtet, um die Gründung einer Zentralorganisation zu vermeiden. Die Zusammensetzung eines Hilfskomitees muss »einen spezifisch deutschen Charakter haben«. Unter den 6 bis 8 Mitgliedern

76 MAE-AZOFAA, AP 168-3, Verordnung Laffons vom 24.10.1945.

77 AMT, 19770623/87, Note 1496 DGAA/CAB/A vom 08.10.1945.

78 MAE-AZOFAA, Bonn ADM 83-I-E-b, Note vom 14.10.1945 über »la Croix-Rouge allemande«.

der kommunalen Komitees müssen die Bürgermeister »zwangsläufig direkte Vertreter der Familien von Kriegsgefangenen (Ehegattinnen, Väter oder Mütter von Gefangenen)« sowie Persönlichkeiten sein, die bekannt sind »für ihre Aufopferung im Dienst der Nächstenliebe«. Umgekehrt darf niemand, der eine »politische Rolle im NS-Regime gespielt« hat, Mitglied eines solchen Ausschusses sein<sup>79</sup>. Ende Oktober sind die Ausschüsse in jedem Land betriebsbereit<sup>80</sup>. Sie leiten die erste Sammlung unter Leitung des IKRK ein, das für die Weiterleitung nach Frankreich und die Verteilung durch die Lager verantwortlich ist.

Im Januar 1946 wird das Deutsche Rote Kreuz in der französischen Zone offiziell aufgelöst. Die steigende Repatriierung kranker KG zwingt die französischen Behörden dazu, den Aktionsbereich der Hilfskomitees zu erweitern, die in zunehmendem Maße Sozialpolitik betreiben. Ende 1945 ist die Umwandlung der Hilfskomitees zu »Hilfsausschüssen« abgeschlossen. Sie werden zwar immer noch vom IKRK unterstützt, doch wenden sie sich nun auch an Heimkehrer und die Familien der KG. Sie übernehmen quasi einen Teil der ärztlichen und sozialen Aufgaben des ehemaligen DRK. Dem Kriegsgefangenenausschuss in Lahr (Baden) zum Beispiel obliegt in den Kriegsgefangenenlagern des Landkreises die »Überreichung von Geschenken zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten«<sup>81</sup>, aber auch die Bearbeitung von Entlassungsgesuchen für KG, die Übergabe von Rot-Kreuz-Karten an die Angehörigen von KG, die finanzielle Unterstützung von Familien noch nicht entlassener KG, die Herstellung und Überreichung jeweils einer Unterhose und eines Hemdes und die Bereitstellung von Strohschuhen für jeden entlassenen KG sowie die Ausarbeitung eines Merkblattes für Heimkehrer, und sie bilden einen Suchdienst für KG und Zivilpersonen.

Infolge dieser Aufgabenerweiterung muss die personelle Zusammensetzung der Hilfsausschüsse geändert werden, um ein möglichst repräsentatives Bild der deutschen Gesellschaft zu ergeben: Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche, unbelastete Prominente des ehemaligen DRK<sup>82</sup> aber auch der Inneren Mission und des Caritasverbandes sind Mitglieder der neuen Institutionen<sup>83</sup>. Im Rahmen ihrer Namensfindung orientieren sie sich zumeist an ihrem Land, wie z. B. das Badische Hilfswerk ab März 1946, die Gesellschaft für Gesundheitsfürsorge und Kriegsgefangenenendienst oder das Bayerische Rote Kreuz des Kreises Lindau in Württemberg-Hohenzollern. In enger Zusammenarbeit mit den bis zu den Kommunalwahlen im September 1946 durch die französischen Behörden<sup>84</sup> ernannten Bürgermeistern

79 AMT, 19770623/87, Note 1447 DGAA/CAB/A vom 05.10.1945.

80 AMT, 19770623/87, Synthèse des travaux effectués DGAA/CAB/A 1731 vom 19.10.1945.

81 MAE-AZOFAA, Bade L 2.110/2, Rapport d'activité du Badisches Hilfswerk vom 14.01.1947.

82 MAE-AZOFAA, Bonn ADM 83-I-E-b, communication du CICR vom 26.11.1945 über die »création en ZFO de comités de secours allemands, Hilfsausschüsse«.

83 MAE-AZOFAA, Colmar, AP 168-3, Note 2919 vom 05.02.1946.

84 Die politischen Parteien haben ebenfalls zugunsten der KG eingegriffen. Ihre späte demokratische Neubildung im Dezember 1945 und die ersten Wahlen im September 1946 erklären wiederum, warum sie in der unmittelbaren Nachkriegszeit keine erstrangigen Akteure in der KG-Frage darstellten. Ab 1947 haben sie dagegen in der Wiedereingliederungspolitik eine entscheidende Rolle gespielt. Zum Beispiel verteilt die Landesregierung Rheinland-Pfalz an alle ab dem 1.12.47 zurückkehrenden KG 75 RM als eine Art Beihilfe.

betreiben diese Komitees die ersten sozialpolitischen Maßnahmen. Diese reichen bis zur Auflösung aller dieser Organisationen 1947/48 weit über die Frage der KG in der FBZ<sup>85</sup> hinaus. An ihre Stelle tritt das neugegründete und schon bald auch wieder auf regionaler Ebene zugelassene Deutsche Rote Kreuz.

Um die besten Sammelergebnisse zu erzielen und die Bevölkerung auf möglichst breiter Basis zu mobilisieren, stellen die französischen Behörden den Komitees alle verfügbaren Kommunikationsmittel zur Verfügung: Regionalpresse, Wandplakate, Rundfunk, Wochenschau<sup>86</sup>. Die geistliche, politische und akademische Prominenz soll dabei mit einbezogen werden. Im Oktober 1945 überträgt Radio Koblenz z. B. folgenden Aufruf: »auch werden bald Sendungen von Kleidern für unsere Gefangenen aus Deutschland abgesandt. Doch die vorhandenen Vorräte genügen noch lange nicht um alle zu kleiden. Gebt Mäntel, Jacken, Hosen, Anzüge, Decken, Unterwäsche, Handschuhe. Wir wissen, ihr selbst habt wenig, aber sie haben gar nichts mehr und stehen fern von der Heimat. Keiner darf frieren. Es ist Pflicht jedes Deutschen das zu geben, was er nicht unbedingt notwendig hat. Denkt an unsere Gefangenen. Jede Art Spende kann helfen! [...] Bringt Eure Gabe an die örtliche Sammelstelle!«<sup>87</sup>. Mit Plakataufschriften wird an Mütter und Frauen »aus Pfalz und Rheinhessen« appelliert: »Eure Söhne und Männer, die das harte Los der Kriegsgefangenschaft getroffen hat, wenden sich aus heißester Not an Euch: ›Denkt an uns, verlasst uns nicht! Schickt uns sofort Zivil- und Militärkleider, warme Decken und Schuhe! [...] Wir haben den Krieg überstanden! Sollen wir in letzter Stunde einem grausamen Schicksal erliegen?« [...] Bevölkerung von Pfalz und Rheinhessen! [...] Rettet Euere Väter, Männer, Söhne, Brüder und Freunde! Eine verbrecherische Staatsführung hat ihnen ein trauriges Los bereitet. [...] Unterstützt die Sammlung für Kriegsgefangene«<sup>88</sup>.

Anstelle von Zwangsmaßnahmen entwickelt Baden-Baden auf dem Weg über die deutschen Behörden eine ›Propaganda‹ die dazu geeignet scheint, den französischen Interessen und den Möglichkeiten der Zone entgegenzuarbeiten. Weil das Ergebnis der ersten Sammelaktion den Bedarf nicht deckt, erfolgt im Januar 1946 wiederum eine zivile und keine militärische Maßnahme. In einer neuen, breit lancierten Pressekampagne wird die Nachricht verbreitet, dass mit dem erzielten unzulänglichen Ergebnis von 800 Tonnen lediglich 120 000 KG in Frankreich anstatt der 700 000 mit Kleidung versorgt werden können. Mit dem Appell an »die Verantwortung der deutschen Bevölkerung, wenn ihre KG schlecht angezogen sind« wird zu weiterer Großzügigkeit aufgerufen. Die französische ›Propaganda‹ versucht gezielt auf eine stärkere Identifizierung der Bevölkerung mit den KG hinzuwirken. Die Behörden setzen die Steigerung der Hilfe mit der Personifizierung des Beitrags jedes Einzelnen gleich. Dieser Logik entspricht ab Mitte Oktober 1945 die Aushändigung einer

85 Zur Sozialpolitik s. Rainer HUDEMANN, Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik, Mainz 1988. Leider werden die Komitees nicht erwähnt.

86 AMT, 19770623/87, procès-verbal 1722 DGAA/CAB/A vom 18.10.1945.

87 MAE-AZOFAA, AP 168–3, Note vom 16.10.1945.

88 Stadtarchiv Mainz, 070/1026, Dokument vom 24.10.1945 des Oberbürgermeisters an die Militärregierung. Siehe die Abbildung.

namentlichen Quittung an jeden Spender. Er kann jedes Kleidungsstück mit einem Anhänger versehen, auf dem Name und Adresse verzeichnet sind, damit der KG ihm einen Dankbrief schicken kann<sup>89</sup>. Entsprechend gestaltet sich ab Januar 1946 die Entwicklung der Paketsendungen. Die französischen Behörden nützen die affektiven Bindungen zwischen der deutschen Gesellschaft und ihren KG aus, indem sie ab 1946 Dankschreiben von Vertrauensmännern aus den Lagern veröffentlichen, die Liebesgaben erhalten haben. In einem dieser Schreiben aus Straßburg vom März 1946 heißt es: »Vor allem [...] haben wir die Gewissheit, dass uns die Heimat über den schweren Sorgen des Alltags nicht vergessen hat«<sup>90</sup>, womit der Schreiber eine gewisse Befriedung über die erfüllte Pflicht zum Ausdruck bringt.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, weshalb die Pariser Behörden ab Ende September 1945 von General Koenig verlangen, die Postverbindungen zwischen Frankreich und der Zone wieder herzustellen: Es geht nicht nur darum, die KG und deren Familien von Sorgen zu befreien, sondern es ist auch der »envoi aussi rapide que possible de colis individuels, principalement de vêtements et accessoirement de ravitaillement, par les familles« zu ermöglichen. Am 5. Oktober befiehlt die Militärregierung die Verteilung von 800 000 »Rot-Kreuz Mitteilungen«<sup>91</sup> in jedem Postamt, um den KG lokalisieren zu können. Wegen der militärischen Lage und der Desorganisation des Eisenbahnverkehrs braucht ein Brief über Genf bis Januar 1946 mehrere Wochen oder sogar Monate, ehe er in Frankreich eintrifft. Von diesem Zeitpunkt an darf die Bevölkerung vier interalliierte Kriegsgefangenenkarten pro Monat schreiben<sup>92</sup>, deren Zustellung bis zum Lager ungefähr 10 Tage benötigt<sup>93</sup>. Nun werden täglich 153 000 bis 200 000 Briefe und zwischen 1500 und 2300 Pakete aus der Zone verschickt<sup>94</sup>. Die Zustellung der Pakete ist schwieriger. Bis zum Jahreswechsel 1945/46 ist die Zusendung von persönlichen Paketen wegen fehlender Adressen nicht gestattet. Ein weiterer Grund ist allerdings auch, dass die französischen Behörden die »Liebesgaben« weiterhin frei verteilen wollen.

Schließlich bemühen sich die Behörden, eine persönliche Bindung mit den Lagern in Frankreich zu schaffen, indem sie Namenslisten von KG, nach Lagern sortiert, in der deutschen Presse der Besatzungszone veröffentlichen lassen. Die ersten werden bereits am 5. Oktober 1945 im Badener Tagblatt sowie an verschiedenen öffentlichen Plätzen ausgehängt<sup>95</sup>. Die unregelmäßige Veröffentlichung entspricht einer »kommerziellen sehr erfahrenen Psychologie«, die darin besteht, zuerst den Familien nach Prüfung Bescheid zu geben<sup>96</sup>. Bis Januar 1946 werden auf diese Weise 30 000 Namen veröffentlicht. Das System wird verbessert, nachdem in der für die KG in Frankreich publizierten Zeitung »Der Wochenkurier« die Rubrik »Es wird Auskunft verlangt« eingerichtet wird, die auch in der Zonenpresse publiziert wird<sup>97</sup>. Der Erfolg ist so

89 AMT, 19770623/87, Note 1606 DGAA/CAB/A vom 13.10.1945.

90 MAE, Z22, Note vom 25.09.1945 bezüglich des »Habillement des PGA«.

91 ACICR, Genève, G43-723, Ordonnance du Gouvernement militaire über die »Création de comités indigènes d'entr'aide«.

92 AMT, 19770623/87, procès-verbal 1447 DGAA/CAB/A vom 05.10.1945.

93 MAE-AZOFAA, AP 168-3, Note vom 02.02.1946.

94 MAE-AZOFAA, AP 168-3, Protokoll vom 20.03.1946.

95 MAE-AZOFAA, AP 168-3, synthèse 1837 vom 29.10.1945.

96 MAE-AZOFAA, AP 168-3, Note an Oberst Loutre vom 24.01.1946.

97 MAE-AZOFAA, AP 168-3, Note 2566 DGAA/CAB/A vom 07.01.1946.

groß, dass die Behörden überfordert sind: Laffon will mehr als die von Paris kommunizierten 2500 Namen pro Wochen haben und die Behörden können nicht mehr die nötige Menge Papier auftreiben, um die Namenslisten zu drucken, zumal die Rotationsmaschine in Kaiserslautern von elsässischen Gewerkschaftern aus dem Verlagsgewerbe zum Aufbau der Betriebe im Elsass abtransportiert worden ist.

Folgt man dieser Logik müsste jede Hilfsmassnahme für die KG als eine rein deutsche Angelegenheit erscheinen. Man versteht also, warum sich die Franzosen so viel Mühe geben, um weder durch übermäßigen Dirigismus ihrerseits, noch das Fehlen jeder Kontrolle die Bildung der Hilfskomitees zu verhindern. Man müsse, so der *administrateur général*, »diesen Komitees das Gefühl geben, dass die erbrachte Hilfe auf dem Einsatz dieser lokalen Organisation beruht [...]. Ihre Teilnahme an diesem Werk muss so sein, dass sie auf jeder Stufe die Überzeugung haben, dass die Mühe, die sie sich geben, tatsächlich zugunsten der KG ist«<sup>98</sup>. Entsprechend versuchen die Franzosen, die Komitees auf alle Bevölkerungsschichten zu erweitern, um ihnen einen möglichst großen repräsentativen Charakter zu verleihen. Die Strategie diesen Komitees gegenüber entspricht dem Bemühen der Regierung in Baden-Baden – im Unterschied zu Paris – eine »diskrete Propaganda, jedoch zugunsten des Hilfswerks Frankreichs« auszuüben.

Die deutsche Presse in der Zone erweist sich im Übrigen auch als ein ausgezeichnetes Mittel, um die Wechselwirkungen zwischen den deutschen Kriegsgefangenen und der französischen Besatzungspolitik aufzuzeigen. Die französische Kontrolle seitens der Direction de l'information bleibt dabei zwar absichtlich im Hintergrund, ist aber angesichts der Relevanz des Themas umso spürbarer. So muss jede Zeitung »réserver une large place à la question des PGA et qu'on doit parler d'eux dans chaque numéro«<sup>99</sup>. Zwischen Oktober und Dezember 1945 finden sich in 5 ausgewerteten Zeitungen 29 Artikel, die sich mit der konkreten Durchführung der Postverbindung mit den KG in Frankreich beschäftigten, 1946 sind es 31 bei 9 ausgewerteten Zeitungen<sup>100</sup>. Dabei fällt auf, dass den Artikeln stets zwei fast identische Muster zugrunde liegen, die von der Direction de l'information verfasst und allen Zeitungen zugeleitet werden. Die Strategie der französischen Behörden arbeitet dabei paradoxerweise mit dem Konstrukt des »deutschen Volkes«, indem sie das nationale Empfinden und Angehörigkeitsgefühl ausnutzt und es gleichzeitig verstärkt. Auf diese Weise entsteht eine doppelte Dynamik, die beide – die deutsche gleichsam »von unten« und die französische »von oben« – auf den Opferbegriff, unter der doppelten Bedeutung von »souffrance« und »sacrifice« zielen. Die Rede des Juristen Heinrich von Brentano<sup>101</sup>, die er als Vorsitzender des Landesausschusses für Kriegsgefangenenhilfe in Baden im November 1945 anlässlich der Haussammlung hielt und die in den »Freiburger Nachrichten« nachgedruckt wurde, veranschaulicht die Mehrdeutigkeit dieser Kon-

98 MAE-AZOFAA, AP 168–3, Note vom 19.11.1945 über die »Nouvelles concernant les PGA«.

99 MAE-AZOFAA, AP 168–4, Note vom 03.05.1946.

100 1945: »Freiburger Nachrichten«, »Neuer Mainzer Anzeiger«, »Schwäbische Zeitung«, »Oberndorfer Nachrichten – Schwarzwälder Post«, »Südkurier«. 1946: »Badische Zeitung«, »Das Volk«, »Rheinischer Merkur«, »Trierische Volkszeitung. Siehe Stephan SCHÖTZEL, Die Pressepolitik in der französischen Besatzungszone 1945–1949, Mainz 1986.

101 Zukünftiger CDU-Politiker und erster Außenminister der BRD.

vergenz, die sich auf »eine kollektive Opferbereitschaft«<sup>102</sup> bezieht und schon vom NS-Regime instrumentalisiert worden war, um die Volksgemeinschaft zu beleben: »So müssen wir selbst helfen. Der Patriotismus, die Liebe zum deutschen Volk und Vaterland, ist uns nicht untersagt, im Gegenteil, die tatkräftigste Nächstenliebe gegenüber unseren deutschen Mitbrüdern in dieser Notzeit wird uns die Achtung der Umwelt wieder gewinnen helfen. Zu diesen Hilfsbedürftigen gehören in 1. Linie unsere Soldaten in Kriegsgefangenschaft. [...] Die meisten von ihnen haben im guten Glauben jahrelang für ihr Vaterland gekämpft. Auch sie sind, wie ihre toten Kameraden, Opfer des National-Sozialismus [...]. Dagegen mögen alle, die von [Bom-ben]angriffen verschont geblieben [sind], es als ihre besonderer Pflicht ansehen, zur Sammlung für die KG beizusteuern. Die Umstände erlauben es noch nicht, an einzelne Kriegsgefangene Gaben zu übersenden, so möge jeder seine Gabe so auswählen, als ob sie an einen nahen Angehörigen ging. Wenn unsere KG wieder in die Heimat zurückkehren, müssen wir ihnen beweisen können, dass wir sie über den schweren Sorgen des Alltags nicht vergessen haben«<sup>103</sup>.

Die Verknüpfung zwischen individueller und kollektiver Erfahrung, zwischen der Erfahrung der Gefangenschaft und der Besatzung, die zweideutige Position gegenüber dem Nationalsozialismus erinnern an andere, hier schon beobachtete Meinungen in der deutschen Öffentlichkeit. Bei der ersten Sammlung im September 1945 hält es die Direction de l'économie et des finances der Militärregierung für notwendig, die deutsche Bevölkerung direkt anzusprechen und fügt hinzu, sie sei »probablement pas déshabituée des appels impérieux qui lui ont été adressés depuis douze ans et il est à présumer qu'elle répondrait à celui que lui transmettrait la Croix-Rouge [allemande]«<sup>104</sup>. Wie kann man in diesem offiziellen Kontext diese deutliche Diskrepanz zwischen bestimmten Verhaltensweisen und einem politisch eindeutigen Diskurs in der Zone erklären? Könnte es sein, dass die französischen Behörden dadurch ungewollt dazu beigetragen haben, der Volksgemeinschaft noch früher »ihre sekundäre Bestätigung« zu liefern, als Norbert Frei dies vermutet, und damit »die Bereitschaft zu einer offenen, selbstkritischen Debatte über die NS-Vergangenheit – auch über individuelles politisches Versagen«<sup>105</sup> gebremst haben?

### Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich und der Klerus: die »Stunde der Kirchen«?

Im Gegensatz zu den bislang genannten Akteuren besitzen die Kirchen eine herausgehobene Stellung in der Mobilisierung der deutschen Gesellschaft. Der Historiker Michael Müller fasste dies in die Formel: »Als die französischen Besatzungstruppen 1945 in ihre Zone einrückten, fanden sie auf deutscher Seite zunächst keine offiziellen

102 Norbert FREI, »Volksgemeinschaft«. Erfahrungsgeschichte und Lebenswirklichkeit der Hitler-Zeit, in: 1945 und Wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 115.

103 Freiburger Nachrichten, 26, 27.11.1945, »Zur Haussammlung für die KG«.

104 Damals ist das DRK noch nicht aufgelöst. MAE-AZOFAA, AP 27–9, »Projet relatif à une collecte de vêtements destinés aux prisonniers allemands en France«, vom 10.09.1945.

105 Norbert FREI, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 304–305.

Ansprechpartner, weil die staatlichen Institutionen sich mit dem Zusammenbruch des Dritten Reichs aufgelöst hatten. In dieser Situation wuchs die Kirche in Stellvertreterfunktionen hinein, da sie im Grunde die einzige, organisatorisch noch intakte Institution war und den Siegern unbeschadet der späteren Kontroversen als eine von der NS-Ideologie nicht korrumpierte Kraft galt, die angesichts ihres breiten Rückhalts in der Bevölkerung nicht nur als religiöser, sondern auch als politischer Faktor von großer Bedeutung zu berücksichtigen war<sup>106</sup>. In der französischen Zone findet die Militärregierung zwei getrennte kirchliche Institutionen mit intakter Hierarchie<sup>107</sup> und jeweils eigenen karitativen Einrichtungen – den deutschen katholischen Caritasverband und das im Vergleich dazu noch nicht so stark entwickelte Evangelische Hilfswerk – vor, die in der Bevölkerung eine breite Basis haben<sup>108</sup>.

Die Kirchen wollen mit Hilfe der Kriegsgefangenenfrage gegenüber den französischen Behörden, aber auch innerhalb der Bevölkerung gegenüber anderen Bewegungen ihre Position als alleiniger deutscher Ansprechpartner festigen und legitimieren. Folgerichtig hebt der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen daher hervor, »la propagande nazie a fait banqueroute et laisse place au néant qu'elle recouvre; les PG n'ont plus rien humainement à quoi accrocher leur espérance: seule l'Église peut leur donner un point d'appui, leur apporter la parole de la vie«<sup>109</sup>. Um dieses Vakuum auszufüllen greifen die Kirchen auf ein bewährtes Bild zurück, das für die christliche Überlieferung typisch ist: das des guten Hirten und seiner Herde.

### *Wie die Kirchen die Heimat für die deutschen Kriegsgefangenen mobilisieren*

Aus der Sicht der Kirche besteht die erste Aufgabe der Vertreter des Klerus darin, ihre Herde zu sammeln und die *Schafe* zu zählen, um zu wissen, wo und wieviele es sind. Nach Foucault ist die Macht des Pastors nicht an ein Territorium gebunden, sondern sie wird auf Menschen und Kollektive ausgeübt<sup>110</sup>. Die Kirchen bekräftigen stets die Angehörigkeit der KG zu den Kirchengemeinden und behaupten die Einheit der

106 Michael MÜLLER, Zum Verhältnis von Kirche und Besatzung. Erzbischof Bornewasser von Trier und die Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Peter HÜTTENBERGER, Hansgeorg MOLITOR (Hg.), *Franzosen und Deutsche am Rhein 1789–1918–1945*, Essen 1989, S. 297.

107 Jedes Bistum ist besetzt: in Baden mit Konrad Gröber in Freiburg; in Rheinland-Pfalz mit Albert Stohr in Mainz und mit Rudolf Bornewasser in Trier; in der Pfalz mit Joseph Wendel in Speyer und Johannes Baptista Sproll in Rottenburg, der Sitz des Bistums liegt allerdings in der amerikanischen Zone. Für die evangelischen Landeskirchen hat nur Thierfelder seinen Sitz in der FBZ, die Kirchenleitungen für Baden, Württemberg und Hessen-Nassau liegen in der amerikanischen, die für Rheinland-Pfalz in der britischen Zone. Im Rahmen dieses Beitrages ist es leider nicht möglich, die Unterschiede in den politischen Stellungnahmen sowie in der Beziehung mit der französischen Besatzungsmacht in Betracht zu ziehen.

108 Die Bevölkerung der französischen Besatzungszone ist mit Ausnahme von Hessen-Nassau mehrheitlich katholisch (Baden: 71,53% Katholiken, 25,6% Protestanten; Württemberg: 54% und 42,6%; Hessen-Nassau: 43,4% und 53%; Rheinland-Pfalz: 72,7% und 25,7%).

109 Archives, Conseil œcuménique des Églises (ACOE), Genf, 303.001, Bericht vom 01.08.1946 über die »Église de la captivité et la commission œcuménique«.

110 Michel FOUCAULT, *Geschichte der Gouvernementalität I, Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*. Vorlesung am Collège de France, 1977–1978, Frankfurt/M. 2004, S. 183. Siehe auch Philippe BÜTTGEN, *Théologie politique et pouvoir pastorale*, in: *Annales* 62 (2007), S. 1129–1154.

*Ecclesia* über den Stacheldraht hinaus. In der schwierigen Lage Deutschlands in der Nachkriegszeit wissen ihre Vertreter jederzeit ihre Schafe zu erkennen und ihnen einen Platz im sicheren Stall zu verschaffen: »Wir«, so die deutsche Caritasverband-Zentrale, »erblicken unsere Heimkehrer und Heimkehrerinnen, hinter ihnen die KG und schließlich den langen, langen Zug der Heimatvertriebenen und Ausgebombten«<sup>111</sup>. Eine große Anzahl von Dokumenten stellt die Kirche als den Garanten der lebendigen Bindung mit den KG dar. So lässt die Kriegsgefangenenhilfe des Caritasverbandes ihre Briefe an Lagerpfarrer folgendermaßen beginnen: »Dieser Gruß soll Ihnen sagen, dass die Heimat zu Weihnachten an Sie denkt. Wir bereiten, was immer das armgewordene Volk noch leisten kann und wir werden versuchen, auch die Mildtätigkeit des Auslands für unsere KG anzuregen«<sup>112</sup>. Dagegen legt Hans Asmussen, Kanzler der Evangelischen Kirche in Deutschland, den Akzent auf die Notwendigkeit, »wie die Heimatkirche und die Heimatgemeinde heute praktisch für die Angehörigen der KG sorgt, wie sie ihnen mit Rat und Tat, mit Nothilfe und Seelsorge zur Seite steht«. In diesem Rahmen zielen die beiden wichtigsten Maßnahmen der Kirchen darauf, diese Gemeinschaftsangehörigkeit zu bestätigen: Sie rufen zur Entlassung der Kriegsgefangenen auf und bitten um Spenden.

Mit der ersten Bischofskonferenz in Fulda richten die Bischöfe am 23. August 1945 an den alliierten Kontrollrat in Berlin eine Eingabe, um die »Heimkehr der kriegsgefangenen Soldaten [zu erbitten], insofern sie nicht zum Wiederaufbau der überfallenen Länder nötig sind«. Ein Jahr später senden die Bischöfe aus Fulda ein »tränenüberströmtes« Gesuch, um die Entlassung »ihrer geliebten Gefangenen« zu erbitten<sup>113</sup>. Seinerseits bittet der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland regelmäßig die Besatzungsmächte darum, die Entlassung der KG zu bewirken<sup>114</sup>. In ihren Pfarreien ermahnen sie ihre Gläubigen durch Predigten und Hirtenbriefe, wie den des Freiburger Bischofs Gröber vom August 1945 mit dem Titel »Trauer und Hoffnung«, sowie durch die kirchliche Presse, ihre KG nicht zu vergessen<sup>115</sup>.

Um zu zeigen, dass diese feierlichen Stellungnahmen die Haltung der öffentlichen Meinung und die Solidarität ihrer Gemeinden widerspiegeln, mobilisieren die Kirchen ihre Gläubigen mit der Forderung nach baldiger Freilassung. Das bedeutendste Beispiel hierfür ist eine breit angelegte Kampagne für eine Unterschriftensammlung, die beide Konfessionen im Dezember 1946 durchführen wollen. Die Protestanten sind am ersten Advent eingeladen, ein Bittgesuch zu unterschreiben und die Weihnachtsbitte an die Völker der Welt zu befürworten, die unter anderem lautet: »Wir sind dankbar, dass in diesem Jahre viele ehemalige KG das Weihnachtsfest wieder zuhause feiern können. Doch es fehlen noch mehr als 5 Millionen deutsche Männer,

111 Archiv, Deutscher Caritasverband (DCV), Freiburg im. Br., 372 (44), Note vom 25.06.1948, »Einer trage des andern Last«.

112 ADCV, 372 (44), Note am 20.11.1946.

113 MAE-AZOFAA, AP 68–1, Note 7604 DGAA/INT/5S vom 16.09.1947 über die »Lettre pastorale collective des évêques allemands«.

114 MAE-AZOFAA, AP 70–3, Note vom 03.03.1949.

115 BAGINSKI, Frankreichs Kirchenpolitik im besetzten Deutschland (wie Anm. 10), S. 127–173 und S. 196–199 sowie Martin GRESCHAT, Die Kirchenpolitik Frankreichs in seiner Besatzungszone, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 109 (1988), S. 363–387. Der Verf. dankt Prof. Greschat und Prof. M. Kißener für ihre Hinweise.



die durch Krieg und Gefangenschaft ihren Familien ferngehalten sind. Viele von ihnen müssen schon das 8. Weihnachtsfest in der Fremde begehen. Väter, Brüder und Söhne werden mit heißer Sehnsucht erwartet [...]. Der Christtag, das Fest besonderer Freude, wird für ungezählte Menschen zum Tag besonderer Not. Der Glaube, dass es noch Barmherzigkeit unter den Menschen gibt, droht in unserem Volk zu zerbrechen«<sup>116</sup>. Aufgrund des Widerstandes der französischen Behörden entscheiden sich die Landeskirchen dann jedoch, die Unterschriftensammlung nicht durchzuführen. Zu diesem Zeitpunkt sind in vier badischen Dekanaten<sup>117</sup> allerdings bereits mehr als 44 000 Unterschriften gesammelt worden. In Hessen-Nassau wurden beispielsweise allein in Worms 1600 und in Mainz mehr als 10 000<sup>118</sup> und in Württemberg-Hohenzollern allein in den Gemeinden von Reutlingen und Tuttlingen 6395 Unterschriften gesammelt<sup>119</sup>.

Die katholische Kirche, die außerdem geplant hatte, für die Christen in aller Welt Unterschriften zu sammeln, musste mit dem gleichen Widerstand rechnen. Obgleich Erzbischof Gröber auf die Unterschriftensammlung verzichtet, liest er dennoch auf entsprechende Bitten Passagen aus seinem neuen, um die Freilassung der KG bemühten Hirtenbrief, vor. Die Predigt wird im Südwestfunk übertragen: »Helft das Leid unserer Kriegsgefangenen und ihrer Familien zu beenden! Gebt den Kindern ihre Väter, den Frauen ihre Männer, den Müttern ihre Söhne zurück! Bahnt der Liebe und dem Frieden einen Weg unter den Menschen!«. Die Bischöfe von Trier und von Rottenburg verzichten auf die Sammlung von Unterschriften. Der Bischof von Limburg beschränkt sich auf die Bitte um Abgabe von Handzeichen. Im Mainzer Bistum hingegen werden 26 900 Unterschriften gesammelt und auch der Bischof von Speyer weigert sich, die Aktion aufzuheben und trägt 132 451 Unterschriften zusammen.

Das Volk wird durch die Kirchen zu Spenden aufgerufen, um ihre Solidarität mit den KG zu zeigen. Meistens erfolgt dies nach dem liturgischen Kalender, wie z. B. der Kollektentag für KG- und Heimkehrerhilfe am 28. Dezember 1947 während der Caritas-Opferwoche<sup>120</sup>. Diese Kollekten beschränken sich nicht auf Bücher, sondern es handelt sich auch um Geld- und Sachspenden. Die Bevölkerung soll auch mit persönlichem Einsatz die Sammlungen unterstützen. Das Kostheimer Werbeblatt endet mit dem Hinweis<sup>121</sup>: »Für jede Straße brauchen wir einige Sammler. Wer Zeit hat + ein christliches Gewissen, kommt am Montag Abend um 8 Uhr ins Jugendheim. Entlassene Kriegsgefangene + die gesamte Jugend, Männer + Frauen zeigt, daß ihr die KG nicht im Stiche laßt. Um Sammeln ist nur berechtigt, wer einen Ausweis hat«. Die Kriegsgefangenen bleiben diesem »Gruß von der Heimat« gegenüber nicht gleichgültig und manche äußern ihre Dankbarkeit für die Pakete, die sie als »rechte Brücke zwischen der Heimat und uns hier draußen«<sup>122</sup> empfinden. Im März 1946 fragt das

116 MAE-AZOFAA, 7.15, Brief vom 29.12.1948 über die »Prière de Noël des chrétiens d'Allemagne aux peuples du monde entier«.

117 Emmendingen, Gornberg, Rheinbischofsheim, Schopfheim.

118 MAE-AZOFAA, AP 65-4, Note vom 27.01.1947 über die »Pétition projetée en faveur de la libération des PG pour les autorités religieuses catholiques de Rhénanie-Palatinat«.

119 BAGINSKI, Frankreichs Kirchenpolitik (wie Anm. 10), S. 199–205.

120 ADCV, 372 (44), Note vom 01.01.1947 über die »Lagerpfarrer und Kameraden in allen Lagern wo nur immer, im Ausland und in der Heimat«.

121 ADVC, 372.062, Werbeblatt vom katholischen Pfarramt von Kostheim.

122 ADVC, 372 (44), Brief vom 14.11.1946 des Lagerpfarrers Hoffmann, Epinal.

Hilfswerk der Evangelischen Landeskirche in Württemberg in seinem Rundbrief bezüglich der Pakete: »Wir wollen auch nicht vergessen, daß bei einem unmittelbaren Geben von Mensch zu Mensch der Gebende sich mit Recht angesprochen fühlt, und nur das dankbare Aufleuchten der Augen, das leichte Zittern der Hände des Empfangenden zeigt [...]. Ist es nicht gerade auch unsere Aufgabe, derartige Bindungen herzustellen? Bei unserer Sammel- und Hilfstätigkeit fällt die unmittelbare Beziehung vielfach weg und muß durch uns ersetzt werden«<sup>123</sup>. Im Januar 1949 ermahnt der Caritasverband, die KG nicht zu vergessen: »Gedenket der Gefangenen wie Mitgefangene« ruft der heilige Apostel Paulus den Hebräern zu und im ersten Johannesbrief stellt er die bedeutsame Frage: »Wie kann die Liebe Gottes in dem bleiben, der irdisches Gut besitzt, aber sein Herz verschließt, wenn er seinen Bruder Not leiden sieht? [...] Seid Christen der Tat: Seid Brüder!«<sup>124</sup>.

Die breite »Mobilmachung der Barmherzigkeit« mit ihren sozial-caritativen Komponenten, wie auch volksmissionarischen Akzenten«<sup>125</sup> stellt in diesem Fall auf der Ebene der deutschen Behörden wiederum die Frage nach dem nationalsozialistischen Erbe, diesmal unter dem Aspekt der Sammelpraxis und des Diskurses über die nationale Gemeinschaft nach 1945. »Christliches Opferverständnis und nationalsozialistische Opferideologie differierten [zwar] allzu sehr«<sup>126</sup>, aber dieser grundsätzliche Unterschied kann nicht von einer Überlegung über die praktische Kontinuität mit einem Regime befreien, »da [sich] seine permanente Kräftermobilisierung in nahezu allen Lebensbereichen [...] in Szene gesetzt hatte«<sup>127</sup>. Ein Bericht aus dem Kreis Lahr im September 1948 weist nach einer Sammlung des Caritasverbandes ausdrücklich darauf hin: »Une partie de la population du cercle a critiqué cette pratique, qui rappelle, dit-elle, le temps malheureux des nazis où l'on été assailli chaque dimanche dans les rues par des quêteurs!«<sup>128</sup> Zweifellos bildet die Sammelpraxis die Umsetzung eines Diskurses, der die ganze diakonisch-kirchliche Strategie des Klerus stützt, und somit »ein Entlastungsventil für die in einer »Mischung aus Leiderfahrung und Täterschaft« befangene Bevölkerung [darstellt] [...]. Diejenigen, welche so hartnäckig um ein Opfer gebeten wurden, sahen sich meist selbst als Opfer. Zunächst als Opfer der NS-Kirchenpolitik [...], dann als Opfer angeblicher Ungerechtigkeiten der Besatzungspolitik, und schließlich als Opfer gesellschaftlicher Not- und Zwangslagen unterschiedlichster Art«<sup>129</sup>. Mit der Gestalt des deutschen KG dominierte »der Diskurs um Barmherzigkeit, Opfer und Hilfe über Fragen von Schuld- und Trauerarbeit und möglichem authentischen Neuanfang«.

123 Archiv, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (ADW-EKD), Zentralbüro, B, 112, Rundschreiben 10 vom 12.03.1949 bezüglich der Pakete.

124 ADCV, 372.062, Flugblatt vom 01.01.1949.

125 Reihnard VAN SPANKEREN, »Mobilmachung der Barmherzigkeit« – Anmerkungen zur Geschichte kirchlichen Hilfehandelns in Westfalen nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Andreas WOLLASCH (Hg.), Wohlfahrt und Religion. Beiträge zur historischen Rekonstruktion des Wohlfahrtsstaates in westfälischer und vergleichender Perspektive, Münster 1995, S. 166.

126 Ibid., S. 169.

127 Ibid., S. 171.

128 MAE-AZOFAA, Bade L 2110/2, Note d'information 4349/SUR, 10.09.1948, über die »Opinion publique«.

129 VAN SPANKEREN, »Mobilmachung der Barmherzigkeit« (wie Anm. 126), S. 176.

*Die Einheit der deutschen Gemeinschaft schützen*

Durch den großen Akzent, den sie auf ihre Betreuungsaufgabe legen, während zur gleichen Zeit doch so viele ihrer Schafe in Deutschland selbst Pflege brauchen, wollen die Kirchen zeigen, dass der gute Hirte mit seiner Herde auf der Grundlage des »omnes et singulatim«<sup>130</sup> eine besondere Beziehung hat. »Einerseits muß [der Pastor] das Heil aller sicherstellen, das heißt der ganzen Gemeinschaft, in ihrer Gesamtheit, der Gemeinschaft als Einheit«, aber ebenso das Heil eines jeden Einzelnen<sup>131</sup>. Manche Dokumente erinnern an die Notwendigkeit, sich der KG anzunehmen, da ihre seelische wie auch physische Gefährdung die ganze Herde bedroht. Im Juni 1947 betont der deutsche Caritasverband bezüglich der Kriegsgefangenenbetreuung, dass »wir wirklich darauf achten [müssen], dass nichts unterlassen wird, was zu tun möglich ist. [...] Denn die Männer, die heute das Stacheldrahtseil bis zur Neige auskosten müssen, sind oft von äußerster Trostlosigkeit bedrängt. Morgen werden sie Glieder unserer Gemeinden sein. Es wird entschieden darauf ankommen, was das Lagerleben aus ihnen gemacht hat und inwieweit die Seelsorger d. h. die Kirche ihrer Not nahe gewesen ist«<sup>132</sup>. Ohne diese brüderlichen Zeichen und die Bindungen mit der Gemeinde, kann die Einheit der Kirche auseinander brechen, »dann beginnt jeder in seiner Seelsorge, Liturgie usw. nach seiner Liebhaberei zu experimentieren«<sup>133</sup>.

Um dieser Wirkung entgegenzutreten bemühen sich die Kirchen darum, das Wort der Heimatkirche nach außen zu tragen indem sie ihre Prälaten zu Lagerbesuchen nach Frankreich schicken. 1947 erlauben die französischen Behörden drei solcher Reisen<sup>134</sup>. Vom 2. bis 12. Mai besucht der Mainzer Bischof Albert Stohr 7 von ihm selbst ausgewählte Lager sowie das Stacheldrahtseminar in Chartres. Nach seiner Rückkehr erklärt er sich mit den Lebensbedingungen der Gefangenen zufrieden. Dann besucht der Präsident des Christlichen Studentenbundes, Reinold von Thadden-Trieglaff, im Juni 1947 drei Lager und nimmt an der Versammlung der evangelischen Lagerpfarrer in Valbonne bei Avignon teil. Diese Lager »machen bezüglich der Haftbedingungen und der geistlichen Versorgung der KG einen sehr guten Eindruck auf ihn«. Hans Stempl, Präses der Evangelischen Kirche der Pfalz, besucht vom 28. August bis zum 11. September 1947 insgesamt 12 Lager, von deren Arbeit er sich »sehr freundlich beeindruckt«<sup>135</sup> erklärt.

Die Kirchen stellen die Geistlichen in Deutschland und in den Lagern als Seelsorger dar, die den KG gegenüber eine »Macht der Sorge« auszuüben haben. Sie muss nicht »ihre Stärke und ihre Superiorität«, sondern »ihren Eifer, ihre Hingabe, ihren unendlichen Fleiß«<sup>136</sup> zeigen. Die Aufgaben der Kirchen, so der Ökumenische Rat, muss »die pastorale Pfarrstelle und die Evangelisationsarbeit in den KG-Lagern för-

130 FOUCAULT, *Geschichte der Gouvernamentalität I* (wie Anm. 110), S. 191–192.

131 *Ibid.*, S. 246.

132 Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg im Br. (BA-MA), B 205/1656, Note vom 01.06.1947 über die »Caritas-Kriegsgefangenen-Hilfe«.

133 BA-MA, MSg 194/200, Bericht vom 28.03.1946 über »Die kirchliche Betreuung in französischer Gefangenschaft (29/7/45 – 20/2/46)«.

134 BAGINSKI, *Frankreichs Kirchenpolitik* (wie Anm. 10), S. 205–211.

135 MAE-AZOFAA, AP 70–6, Note 3366/PG vom 12.11.1947 von Pfarrer Sturm.

136 FOUCAULT, *Geschichte der Gouvernamentalität I* (wie Anm. 110), S. 190.

dern<sup>137</sup>, die als »Deutschland im Kleinen« gesehen werden. In dieser pastoralen Dimension von Opfer und Hilfe sind die Kirchen darum bemüht, dass die Diözesen Patenschaften für Lager übernehmen und dass freiwillige Pfarrer in die Lager geschickt werden. Diese Aktion soll von der Kraft der geistlichen Bindung zwischen den Kirchengemeinden und der Brüder hinter dem Stacheldraht zeugen. Erstens handelt es sich darum, neue Pfarrer nach Frankreich zu entsenden, die freiwillig bereit sind, die dortigen Lagerpfarrer abzulösen oder zu unterstützen. Diese Initiative soll dem Mangel an Lagerpfarrern abhelfen, wodurch die geistliche Fürsorge der KG und folglich auch die Bindung mit der Heimat gefährdet ist. Im September 1946 hat das militärische Seelsorgeamt nur 200 evangelische Pfarrer zur Verfügung, um die geistliche Betreuung von mehr als 350 000 Protestanten zu leisten. »In der Gegend von Marseille sind 7 Depots mit 70 000 KG und nur 10 deutsche Priester«<sup>138</sup>.

Ab 1946 soll jede deutsche Diözese Patenschaften für Lager in Frankreich übernehmen, deren geistlicher Pate sie wird. Ihre Aufgabe ist es, sie mit kirchlichem Schriftgut und Nachrichten über das Kirchenleben in Deutschland zu versorgen. Der Caritasverband schreibt dazu erläuternd: »Möge der Geist dessen, der in diesen Tage auf die Erde herniederstieg, um die Not der Menschen zu teilen, für ihre Seelen zu sorgen und sie aus der Knechtschaft Satans zu erlösen, in manchen jungen Priesterherzen den idealen Sinn erwecken, daß sie bereit sind, zu ihren Brüdern nach Frankreich«<sup>139</sup>. Bei der Abfahrt der evangelischen Pfarrer nach Frankreich preist Bischof Bender »den Aufgabensinn in Frankreich dieser freiwilligen Pfarrer, die unter außerordentlichen Umständen darin liegt, das Evangelium ihren Brüdern in Gefangenschaft zu bringen«<sup>140</sup>. Der gute Pastor ist also derjenige, der pflegt, der anhört und seine KG verteidigt. Er ist »grundsätzlich kein Richter, sondern im Wesentlichen ein Arzt«<sup>141</sup>. Diese Dimension steht in den Bitten der Bischöfe um die Befreiung der KG an erster Stelle. Sie weisen jede politische Rechtfertigung der langen Gefangenschaft zurück. Sie stellen die KG als Kriegsoffer dar und nicht als Soldaten Hitlers<sup>142</sup>.

Das pastorale Schema ist dasjenige, das die Einstellung der Kirche zu den KG am besten beschreibt. Die »Seelenleitung« muss ein permanentes Eingreifen beim täglichen Verhalten, bei der Lebensführung, beinhalten<sup>143</sup>. Der Inhalt der kirchlichen Schriften zur Betreuung der KG, wie die katholische »Licht ins Dunkel«<sup>144</sup> und »Die evangelische Lagergemeinde«<sup>145</sup>, die Zusendung von Messbüchern, Kirchenblät-

137 ACOE, 303.001, Bericht vom 01.08.1946 über die »Église de la captivité et la commission œcuménique«.

138 BA-MA, B 205/1473, Bericht vom 01.02.1946 über das »Projet pour l'adoption des camps de PG par les diocèses d'Allemagne«.

139 BA-MA, B 205/1473, Note vom 01.01.1956 über »Ein Hilferuf aus Frankreich und Belgien«.

140 MAE-AZOFAA, Bonn ADM 110 IV E, Note 3012/INE vom 04.03.1948 über die »Pasteurs prisonniers volontaires«.

141 FOUCAULT, Geschichte der Gouvernamentalität I (wie Anm. 110), S. 254.

142 MAE-AZOFAA, GMFB, Sp. 253, S. 9, d. 38, Hirtenbrief vom 17.05.1947.

143 FOUCAULT, Geschichte der Gouvernamentalität I (wie Anm. 110), S. 226.

144 BA-MA, B 205/1473, Bericht vom Caritasverband vom 01.02.1946.

145 ACOE, 303.001, Bericht vom 01.08.1946 über die »Église de la captivité et la commission œcuménique«.

tern<sup>146</sup> und Lagergesangsbüchern, oder die Versorgung mit anderem kirchlichem Material<sup>147</sup>, zielen darauf ab, nicht nur die Pfarrer und Priester in die Lage zu versetzen, im Lager ihren Gottesdienst abhalten zu können, sondern auch um ihnen die pädagogischen Mittel für einen neuen Lernprozess des religiösen Lebens an die Hand zu geben. So schreibt ein KG in Frankreich im Mai 1947: Nach den vielen Jahren des Nationalsozialismus ist der KG wie ein Kranker, der eine »leichtverdauliche Kost« brauche: »Ein großer Teil dieser wachgerüttelten KG muss erst durch »leichte Kost«, christliche Unterhaltungslektüre, gekräftigt und herangeführt werden. Sie müssen erst wieder in einer christlichen Lebenssphäre atmen und leben lernen«<sup>148</sup>. Wie den Schafen von Moses soll jeder Kategorie von KG zuallererst das notwendige Gras zugeführt werden.

*Heimkehr auf deutschen Boden und Hoffnung auf einen christlichen Staat*

Die pastorale Beziehung erlaubt schließlich auch besser zu verstehen, warum die Kirchen ein so großes Interesse an den KG und an der Finalität dieser Betreuung hatten. Selbstverständlich kann man sich denken, dass es hierbei primär um Rettung und Heil geht. Die von uns eingesehenen Dokumente liefern jedoch Elemente für eine andere, unmittelbarere Zielsetzung: die Heimkehr der verlorenen *Schafe* in den heimischen Stall unter der Führung des Pastors, die nicht allein durch die Rückkehr in die Heimat, sondern auch die Heimkehr in den Schoß der Kirche symbolisiert wird. Dies ist ein Grund, warum sich die karitativen Organisationen beider Konfessionen bemühen, Aufnahmestellen so nah wie möglich an den Entlassungslagern aufzubauen. Ab 1947 will der Caritasverband bei den Durchgangslagern für Heimkehrer aus Tuttlingen und Bretzenheim »in Bälde unbedingt zuverlässig arbeitende karitative Hilfsstellen, am besten in Zusammenarbeit der benachbarten Diözesen« aus der Umgebung. Gegenüber der bereits am Ort vorhandenen Inneren Mission solle man kein Risiko eingehen, das Schaf kurz vor dem Ziel noch[mals] zu verlieren<sup>149</sup>! Auf 7 größeren Bahnhöfen der Diözese Mainz werden Bahnhofsmissionen eingerichtet, die den »ersten Liebesdienst« für die Heimkehrer leisten<sup>150</sup>. Der Ökumenische Rat bestätigt, dass es seine Hauptaufgabe ist, »die KG dazu zu bringen, nach der Befreiung eine aktive Rolle in dem religiösen Leben ihrer Heimat zu spielen«<sup>151</sup>, während diejenige der Evangelischen Kirche darin besteht, den Heimkehrer bis zur Übergangsphase zu begleiten, damit, so Hans Schönfeld, nicht »eine vielfach jahrelange segensreiche Fühlung im letzten Augenblick verloren geht, sondern sie vielmehr gerade bei der Heimkehr in die Gemeinden an die rechte Stelle und an die rechten Lauten gewiesen werden«<sup>152</sup>.

146 DCV, 372 (44), Note vom 20.01.1947 bezüglich der »Caritasverband-Kriegsgefangenenhilfe«.

147 DCV, 372.025 (1), Dokument »Hilfe für die kriegsgefangenen Priester«.

148 ADCV, 372 (44), Note vom 15.05.1947 über die »Freunde der Heimat«.

149 BA-MA, B 205/1656, Note vom 01.06.47.

150 Stadtarchiv Mainz, 100/1963/074, 339, Caritasverband der Diözese Mainz, Broschüre, »Die Caritasarbeit im Bistum Mainz während der Jahre 1945/46«.

151 ACOE, 303.001, Protokoll vom 01.04.1947.

152 ACOE, 303.004 (3), Schlussbericht vom 09.04.1947.

Die beiden Kirchen schlagen darüber hinaus Patenschaftsaktionen für Heimatlose ohne Angehörige vor. Dies soll dem Heimkehrer helfen, sich in die Gemeinden zu integrieren. Auf katholischer Seite wird die Aktion von der Zentralstelle der KG-Patenschaftsaktion in München und der deutschen Kriegsgefangenenhilfe im Hamburg koordiniert. Es handelt sich um »die seelische Einfügung eines ordentlichen Patenkindes in eine gute Patenfamilie«<sup>153</sup>. Die evangelische Kirche bemängelt ebenfalls die unzureichenden Empfangsstrukturen und die Lücken in der Heimkehrpolitik. Die evangelische Geschäftsstelle in Baden-Baden fördert vom 21. bis 31. Dezember 1947 die Übernahme von Patenschaften für Heimkehrer, die heimatlos geworden sind<sup>154</sup>, um dem Kriegsgefangenen die Voraussetzung für eine gelungene Integration zu schaffen: »Der Pate nimmt den ihm vom Gemeindepfarrer zugewiesenen Heimkehrer auf 8 Wochen mindestens als Gast in sein Haus auf und gewährt ihm dazu Unterstützung bei der Suche nach einer Arbeitsstelle und im übrigen vor allem in Bezug auf die Einkleidung«.

Die Heimkehr und die Wiedereingliederung auf deutschem Boden sind für die Kirchen die Probe aufs Exempel, ob es ihr dank ihrer Bemühungen gelungen ist, neue Gläubige zu gewinnen und damit ihre Legitimität und ihren Einfluss auf die sich neu herausbildende deutsche Nachkriegsgesellschaft zu verstärken<sup>155</sup>. Mit der Betreuung, die ihnen als ein ideales Instrument erscheint, als Vermittler zwischen den Besatzungsmächten und der sich im Wiederaufbau befindenden Bevölkerung zu betätigen, verfolgen die Kirchen im Grunde ein sehr politisches Projekt, nämlich die Erneuerung eines christlich-nationalen Staates<sup>156</sup>. Deshalb genügt es nicht, den KG wieder in die Herde zu stecken, wie jenen Unteroffizier, dessen Gefangenschaft in Frankreich ihn wieder »auf den Weg des wahren christlichen Glaubens« geführt hat: »Ich war gleichgültig und spottlustig geworden. Jetzt ist meine größte Freude, jeden Tag das Neue Testament zu lesen«<sup>157</sup>. Man wollte das »Erwachen« schon im Lager mit dem Wiederaufnahmeverfahren in die (Evangelische) Kirche verbinden, nicht erst mit der Rückkehr in die Heimat und der Rückkehr des Gefangenen in seine Gemeinde.

## Zusammenfassung

Wie ist die Strategie der französischen Behörden und der Kirchen bezüglich der deutschen Kriegsgefangenen und der französischen Hand am Ende des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren zu bewerten? Quantitativ betrachtet entsprachen die Ergebnisse der Sammlungen und der Spenden trotz der Unsicherheit der Angaben nicht den Erwartungen. Während die französischen Behörden mit 500 000 Kleidungsstücken rechneten, ergibt eine erste Schätzung nur rund 350 t, was etwa 80 000

153 ADCV, 372.059 (1), Stellungnahme vom 22.04.1948.

154 AEKD, ADW, ZB 38b, Note 1/1762/47 vom 22.11.1947.

155 MAE-AZOFAA, Bade 645, Dokument über die »Fédération catholique de charité, son idée et son activité«.

156 Martin GRESCHAT, Kirche und Öffentlichkeit in der deutschen Nachkriegszeit (1945–1949), in: Armin BOYENS u. a. (Hg.), Kirchen in der Nachkriegszeit, Göttingen 1979, S. 100–124.

157 ACOE, 303.001, Bericht vom 01.08.1946 über die »Eglise de la captivité et la commission œcuménique«.

Kleidungsstücken und damit nur ca. 15% des tatsächlichen Bedarfs entsprach<sup>158</sup>. Die erste Sammlung wurde in Frankreich als unzureichend bewertet. Als die Regierung in Paris für die zweite Sammlung die Besatzungsverwaltung unter Druck zu setzen suchte, zeigt sich die Besatzungsverwaltung in Baden-Baden skeptisch und hält es für ausgeschlossen, dass die verlangten 1000 t erreicht werden<sup>159</sup>. Dies erlaubt jedoch nicht, auf eine Desolidarisierung der Bevölkerung von ihren Kriegsgefangenen zu schließen. Die Heterogenität der gesammelten Kleidungsstücke, unter denen manche für die KG kaum sinnvoll waren (Gamaschen, Waschlappen, Badenanzug, Gasmasken...), sind dafür ebenso wenig ein Indiz. Ist sie nicht vielmehr als die *ad minima* Erfüllung des guten Gewissens oder als Zeichen des guten Willens zu werten, seine Pflicht trotz geringer Mittel zu erfüllen? Auch der Aufruf an den Klerus, als freiwillige Betreuer in die Lager zu gehen, scheint auf ein schwaches Echo gestoßen zu sein: Zwar wurden 18 oder 19 evangelische Pfarrer tatsächlich nach Frankreich geschickt, doch geschah dies erst im März 1948<sup>160</sup>. 1945 und 1946 antworten nur vier Bistümer auf den Aufruf und schlagen insgesamt 12 Bewerber vor. Am 1. Januar 1947 wird eine Liste mit den Namen von 21 Freiwilligen veröffentlicht<sup>161</sup>. Wie viele von ihnen wurden nach Frankreich entsandt? Ende August 1946 befinden sich 14 in den französischen Lagern<sup>162</sup>, viel zu wenige im Vergleich zu den benötigten 350. Wie bei den Patenschaften wissen wir auch hier von vielen Diözesen, dass sie gern helfen wollten, ihnen jedoch hierzu die Mittel und das Personal fehlten.

Dieser Beitrag ist ein Versuch, die deutschen Kriegsgefangenen in französischem Gewahrssam als einen wichtigen Aspekt in der Geschichte der unmittelbaren Nachkriegszeit in Deutschland einerseits und der deutsch-französischen Beziehungen nach 1945 herauszustellen. Obwohl die hier vorgelegten Ansätze noch genauerer Untersuchung bedürfen, ist doch der Anteil deutlich geworden, der diesem Problem zuzuschreiben ist im Hinblick auf die blockierte »sortie de guerre« der deutschen Nachkriegsgesellschaft und die Entwicklung des schwierigen Verhältnisses zum Nationalsozialismus bzw. der Wahrnehmung der Niederlage und Ursachen der »long ›history of memory‹ of German victimisation«<sup>163</sup>. Im deutschen kollektiven Gedächtnis hat das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen entscheidend dazu beigetragen, die Besatzungszeit als »düstere Franzosenzeit« zu brandmarken<sup>164</sup>. Doch das Studium der Akten bestätigt diesen Eindruck nicht. Die Meinungsverschiedenheiten bei der Behandlung dieser Problematik zwischen der Regierung in

158 MAE, Z22, Note vom 08.12.1945.

159 Insgesamt hat die Bekleidung für KG 4 265 000 \$, d. h. 1,26% der »Versteckten Reparationen« aus der FBZ erfordert, in: Werner ABELSHAUSER, Wirtschaft und Besatzungspolitik in der Französischen Zone 1945–1949, in: SCHARF, SCHRÖDER (Hg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs (wie Anm. 5), S. 119.

160 BAGINSKI, Frankreichs Kirchenpolitik (wie Anm. 10), S. 213.

161 SHED, AAT, 1 K 284 (38), Note 2368 PGA vom 07.01.1947 über die »prêtres volontaires«.

162 SHED, AAT, 1 K 284 (38), Note vom Erzbischof von Freiburg, 24.08.1946.

163 Robert G. MOELLER, The Politics of the Past in the 1950s: Rhetorics of Victimisation in East and West Germany, in: Bill NIVEN, (Hg.), German As Victims, New York, 2006, S. 28.

164 WOLFRUM, »Jammert im Leid der Besiegte, so ist auch der Sieger verloren« (wie Anm. 15), S. 21–38. Siehe auch Die Besatzungsherrschaft der Franzosen 1945 bis 1949 in der Erinnerung der Deutschen, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 46 (1995), S. 25.

Paris und der Besatzungsverwaltung in Baden-Baden sind ein weiterer Beleg für die These der »doppelten Deutschlandpolitik«, die Frankreich in der unmittelbaren Nachkriegszeit verfolgte. Auf deutscher Seite wiederum bot die Kriegsgefangenenproblematik ein willkommenes Betätigungsfeld nicht nur für politische, sondern vor allem auch für die Vertreter der beiden Kirchen, das in der Zeit des Nationalsozialismus verloren gegangene Terrain neu zu besetzen und ihren Einfluss auf die deutsche Gesellschaft neu zu begründen. Eine der Fragen, die im Rahmen dieses Vorhabens vorerst noch nicht beantwortet werden kann ist, wie Heimkehr und Wiedereingliederung der Kriegsgefangenen als Individuum und nicht als Projektion auf die Gruppe konkret verwirklicht wurden.



# Mütter und Frauen aus Pfalz und Rheinhessen!

Eure Söhne und Männer, die das harte Los der Kriegsgelangenschaft getroffen hat, wenden sich aus tiefster Not an Euch:

**„Denkt an uns, verlaßt uns nicht!“**

**„Schickt uns sofort Zivil- und Militärkleider, warme Decken und Schuhe!“**

**Es gilt den bevorstehenden harten Winter zu überleben! Wir haben den Krieg überstanden! Sollen wir in letzter Stunde einem grausamen Schicksal erliegen?“**

## Bevölkerung von Pfalz und Rheinhessen!

An Euch ergötzt der Ruf: Rettet Eure Väter, Männer, Söhne, Brüder und Freunde! Eine verbrecherische Staatsführung hat ihnen ein trauriges Los bereitet. Ihr könnt ihnen helfen, ihre Leiden lindern, sie mit warmer Winterkleidung versehen.

**Die französische Militärregierung hat Kleidersammlungen gebilligt. Sie hat ihre vollste Unterstützung zugesagt. Die Aktion wird unter der Kontrolle des Internationalen Roten Kreuzes stehen.**

**Der erste Sammeltag ist der 28. Oktober 1945.**

Halft nach und spendet Kleidung, Decken, Wäsche und Schuhwerk! Tragt dazu bei, daß die Zahl der Todesopfer, die der Wahnsinn eines Verbrechers verschuldet hat, in diesem Winter nicht weiter steigt!

**Darum gebt ab, was Ihr entbehren könnt!**

Hilfsausschüsse in Stadt und Land sorgen für die Weiterleitung Eurer Liebesgaben an die hierfür zuständigen Stellen. Gebt schnell und reichlich!

## Landbevölkerung aus Pfalz und Hessen!

Ihr habt den Bombenkrieg verhältnismässig am besten überstanden! Ihr habt Euer Hab und Gut am besten erhalten! An Euch ergötzt insbesondere der Ruf:

**Unterstützt die Sammlung für Kriegsgefangene!**

Helft alle mit, das Liebeswerk zu einem vollen Erfolg zu gestalten!

Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz:

Dr. Eichenlaub  
Oberregierungspräsident

Steffan  
Regierungspräsident

Bökenkrüger  
Präsident des Landesarbeitsamts

Dr. Koch  
Oberregierungsvicepräsident

28.10.45  
Büro des Landesarbeitsamts, Mainz